

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wilfried Loth

Deutschland im Kalten Krieg
Strategien und Entscheidungen

Hans Karl Rupp

Die Bundesrepublik als „Sonderweg“
der europäischen Geschichte?

Monika Gibas

„Die DDR – das sozialistische Vaterland
der Werktätigen!“

Anmerkungen zur Identitätspolitik der SED
und ihrem sozialisatorischen Erbe

B 39–40/99

24. September 1999

Wilfried Loth, Dr. phil., geb. 1948; seit 1986 o. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Essen; 1993–1997 Präsident des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen.

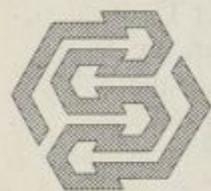
Veröffentlichungen u. a.: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977; Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980 (überarbeitete Neuauflage Februar 2000); Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1987 (3. Aufl. Frankfurt/M. 1995); Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957, Göttingen 1990 (3. Aufl. 1996); Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994 (2. Aufl. München 1996); Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung, München 1996 (2. Aufl. 1997); Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998.

Hans Karl Rupp, Dr. phil., geb. 1940; Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Thomas Noetzel) Macht, Freiheit, Demokratie. Anfänge der westdeutschen Politikwissenschaft, 2 Bde., Marburg 1991 und 1994; Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, unveränderte Neuaufl., Köln 1994/95; (zus. mit Rainer Eisfeld und Michael Th. Greven) Political Science and Regime Change in 20th Century Germany, Commack, N. Y. 1996; Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, erw. u. aktualisierte Neuauflage, München 1999 (i. E.).

Monika Gibas, Dr. sc. phil., geb. 1951; Historikerin; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kultur- und Universalgeschichte Leipzig e.V.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Dirk Schindelbeck) „Die Heimat hat sich schön gemacht!“ 1959: Fallstudien zur deutsch-deutschen Propagandageschichte, Leipzig 1994; „Die Frau, der Frieden und der Sozialismus“. Erziehungspropaganda oder Emanzipationskampagne?, in: Gerald Diesener/Rainer Gries, Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996; „Die Republik, das sind wir!“ Das propagandistische Gesamtkunstwerk Zehnter Jahrestag der DDR als nachholendes Initiationsritual, in: Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, hrsg. von Dieter Vorsteher, Berlin 1996; Massenbeeinflussung und politischer Wandel. Die Langzeitwirkung der DDR-Propaganda, in: Universitas, Nr. 624, Juni 1998; (zus. mit Rainer Gries, Barbara Jakoby und Doris Müller) Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999; Hammer und Zirkel im Ährenkranz. Anmerkungen zur Symbol- und Repräsentationskultur der DDR, in: Deutschland Archiv, (1999) 4.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: ag2@bpb.de

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Deutschland im Kalten Krieg

Strategien und Entscheidungen

Deutschland war sowohl Schauplatz des Kalten Krieges als auch eine seiner wesentlichen Ursachen. Wenn es den Verbündeten des Zweiten Weltkrieges trotz aller Gegensätze gelang, sich über eine gemeinsame Friedensregelung für das besiegte Deutschland zu verständigen, dann standen die Chancen gut, die Konflikte auch in anderen Bereichen begrenzt zu halten und die Kooperation der Alliierten weiter auszubauen. Scheiterte dagegen die Kooperation, dann war die Teilung Deutschlands unvermeidlich; und mit der Teilung Deutschlands war notwendigerweise die Formierung der beiden Machtblöcke der NATO und des Warschauer Pakts verbunden, die das Sicherheitsdilemma zwischen West und Ost immer wieder virulent werden ließen.

I. Zwischen Zusammenarbeit und Teilung

Ein wesentliches Argument gegen die These von der Unvermeidlichkeit des Kalten Krieges ergibt sich daraus, daß auf beiden Seiten zunächst der Wille zur Kooperation überwog, sowohl im allgemeinen als auch insbesondere im Hinblick auf Deutschland. Gewiß gab es von Anfang an skeptische Stimmen. George F. Kennan etwa hatte es schon im Sommer 1945 als einen „Wahn“ bezeichnet, „Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen“, und daraus die Verpflichtung abgeleitet, „unseren Teil von Deutschland zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann“¹. Stalin beschwor zur gleichen Zeit im Gespräch mit den Führern der KPD die Gefahr, daß es „zwei Deutschlands geben“ werde²; und die eiligen Plünderungsaktionen der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland 1945/46 verraten wenig Zutrauen in die Dauerhaftigkeit der Allianz der Siegermächte.

1 George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, München 1971, S. 264.

2 Unterredung vom 4. 6. 1945, in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953*, Berlin 1994, S. 50–52.

Die Politik der amerikanischen wie der sowjetischen Regierung zielte aber darauf, einen solchen Bruch in der Deutschlandfrage zu verhindern. James F. Byrnes glaubte mit dem Angebot eines Vier-Mächte-Pakts den Grundsätzen Roosevelts Rechnung zu tragen, und Lucius D. Clay unternahm bis in das Frühjahr 1947 hinein energische Anstrengungen, die Potsdamer Beschlüsse zur Errichtung von Zentralverwaltungen für das besetzte Deutschland in die Tat umzusetzen. Stalin wollte ebenfalls die „Einheit Deutschlands sichern“ und die Potsdamer Beschlüsse verwirklichen. In den Verhandlungen mit den Westmächten agierte er zwar zeitweilig ungeschickt. Seit der Moskauer Außenministerratstagung vom März/April 1947 läßt das Verhalten Molotows aber keinen Zweifel mehr daran, daß er eine Verständigung mit den Westmächten über einen Friedensvertrag mit Deutschland tatsächlich wollte. „Fast verzweifelt“ versuchte er auf der Londoner Ratstagung im November/Dezember 1947 einen Beschluß über die baldige Errichtung einer deutschen Zentralregierung herbeizuführen³.

Die Motive für diese gesamtdeutschen Strategien sind ziemlich offenkundig: Auf amerikanischer Seite war es die allgemeine Philosophie der „Open door“, verbunden mit der Hoffnung, liberale Verhältnisse in Deutschland schaffen zu können, die einer erneuten aggressiven Politik der Deutschen die Grundlagen entzogen. Hinzu kam die Scheu vor den Kosten einer Teilung: Ein dauerhaftes militärisches Engagement der USA in Europa, das daraus resultieren mußte, glaubte man innenpolitisch nicht durchsetzen und finanzpolitisch nicht verantworten zu können.

Dem entsprach auf sowjetischer Seite die Furcht vor einem amerikanisch dominierten Militärblock im Westen Europas, verbunden mit der Erwartung, daß die „reaktionären Kreise“ des „US-

3 So die Charakterisierung durch Marshall in einer Mitteilung an seinen Stellvertreter Lovett, 11. 12. 1947, FRUS 1947, II, S. 764f. Vgl. Martina Kessel, *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947*, München 1989; Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994, S. 83–88, 98f.; Carolyn Eisenberg, *Drawing the Line: The American Decision to Divide Germany, 1944–1949*, New York 1996, S. 289–308.

Imperialismus“ dann eine Beseitigung der gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus in den westlichen Besatzungszonen verhindern würden und damit ein neuer Krieg drohe. Außerdem benötigte man dringend Reparationen aus dem industriellen Westen Deutschlands, insbesondere aus dem Ruhrgebiet.

Weder in Washington noch in Moskau konnte man sich zudem vorstellen, daß die Deutschen die Teilung ihrer Nation auf Dauer akzeptieren würden. Stalin schöpfte daraus die Hoffnung, die Deutschen zu Verbündeten gegen die Politik der Teilung gewinnen zu können, wie sie der Westen seit der Moskauer Außenministerratstagung offensichtlich verfolgte. Das wird aus den neuen Quellen noch wesentlich deutlicher, als es zuvor schon zu erkennen war⁴. Dem entsprach auf amerikanischer und mehr noch auf französischer Seite die Furcht, die Deutschen in den westlichen Besatzungszonen könnten sich mit der Sowjetunion verbünden, um die Einheit der Nation zu retten. So, wie man in Moskau in ideologischer Verzerrung eine Allianz des amerikanischen mit dem (west)deutschen Imperialismus auf sich zukommen sah, erschrak man im Westen vor der Gefahr einer Allianz des sowjetischen mit dem deutschen Totalitarismus.

Nicht zuletzt diese Furcht vor einer deutsch-sowjetischen Allianz erklärt, wieso es auch nach der westlichen Entscheidung für die Politik der Blockbildung immer wieder Initiativen für eine Verständigung mit der Sowjetunion in der Deutschlandfrage gab. Neutralisierung war dafür das Stichwort, also Herauslösung Deutschlands aus dem Ost-West-Gegensatz. Gemeint war aber immer ein erster Schritt zur Entspannung des Ost-West-Konflikts überhaupt. Der britische Militärgouverneur Brian Robertson war der erste, der unter dem Eindruck der Berliner Blockade im Sommer 1948 dafür plädierte. Wenig später – und ohne den britischen Vorschlag zu kennen – folgte ihm ausgerechnet George F. Kennan, der mit einem Mal die Folgen seiner eigenen Empfehlungen zu fürchten begann. Im Frühjahr 1952 warb der Policy Planning Staff des State Department, jetzt unter der Leitung von Paul M. Nitze, erneut für eine Neutralisierung Deutschlands; dabei wurde stärker als zuvor betont, daß eine solche Verständigung auch den Auftakt zu einer friedlichen Zurückdrängung des Kommunismus aus dem östlichen Europa bilden könnte. Nach dem Tode Stalins glaubte

schließlich auch Winston Churchill den Zeitpunkt für gekommen, um sich mit der sowjetischen Führung über eine Neutralisierung Deutschlands zu verständigen – im Interesse der Entspannung und um dem gefährlichen Einheitsstreben des deutschen Volkes zuvorzukommen⁵.

Auf der sowjetischen Seite hielt das Interesse an einer gemeinsamen Deutschland-Regelung untermessen unvermindert an. Wie die neuen Quellen zeigen, schwankte Stalin nicht etwa unentschlossen zwischen der Befestigung der DDR und neuen Verhandlungsangeboten hin und her. Einheit und Friedensvertrag hatten für ihn eindeutig Priorität – um so mehr, da als Alternative jetzt ein mächtiger westlicher Militärblock drohte, mit amerikanischen und westdeutschen Truppen mitten in Europa. „Die Hauptaufgabe (besteht) in der Entwicklung einer gesamtdeutschen Politik“, mußte das Politbüro der SED nach einem Treffen mit Stalin im Mai 1951 „selbstkritisch“ zugeben⁶. Eine Kommission des sowjetischen Außenministeriums arbeitete im zweiten Halbjahr 1951 an den Details des Friedensvertragsentwurfs, der in die Verhandlungen mit den Westmächten eingebracht werden sollte. Bei der Vorbereitung der Note vom 10. März 1952 wurde sehr darauf geachtet, das sowjetische Angebot so zu formulieren, daß man den Gegnern einer Friedensregelung im Westen keinen Vorwand für die Ablehnung lieferte⁷.

Nachdem auch die Zugeständnisse in der Note vom 10. März 1952 die Westmächte nicht an den Verhandlungstisch zurückgebracht hatten, resignierte Stalin weitgehend. Die SED-Führer wurden angewiesen, jetzt „Ihren eigenen Staat zu organisieren“⁸, und Ulbricht durfte den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR proklamieren. Nach Stalins Tod unternahm seine Nachfolger aber noch einmal einen neuen Anlauf. Die Dokumente aus dem Moskauer Außenministerium bestätigen,

5 Vgl. Rolf Steininger, Wie die deutsche Teilung verhindert werden sollte. Der Robertson-Plan aus dem Jahre 1948, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 33 (1983), S. 49–89; Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980, 1990⁸, S. 233–236; Reinhard Neebe, Wahlen als Test. Eine gescheiterte Initiative des Politischen Planungstabs im State Department zur Stalin-Note vom 10. März 1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 45 (1989), S. 139–162; Josef Foschepoth, Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands, in: Deutschland Archiv, 17 (1984), S. 1286–1301; Klaus Larres, Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage 1945–1955, Göttingen 1995.

6 Interner Beschluß des Politbüros der SED, 2. 6. 1950, zit. nach W. Loth (Anm. 3), S. 169.

7 Vgl. mit neuen Details aus dem bürokratischen Prozeß Stein Bjørnstad, The Soviet Union and German Unification during Stalin's last Years, Oslo 1998, S. 64–73, 78–91.

8 Unterredung vom 7. 4. 1952, Sowjetisches Protokoll, CWIHP-Bulletin 4, Fall 1994, S. 48.

4 Vgl. insbesondere W. Loth (Anm. 3); weitere Belege im Nachwort zur Taschenbuchausgabe, München 1996, S. 233–239, sowie im Nachwort zur englischen Ausgabe: Stalin's Unwanted Child. The Soviet Union, the German Question and the Founding of the GDR, London – New York 1998, S. 178–185.

daß er nicht allein auf Berija zurückzuführen ist, wie dessen Gegner später behauptet haben, und daß Berija mit seiner Initiative auch nicht in eine Minderheitenposition geriet. Für die Sitzung des Präsidiums des Ministerrats am 27. Mai 1953 legte Außenminister Molotow ein Memorandum vor, das das Angebot freier gesamtdeutscher Wahlen „nach Abzug der Besatzungstruppen aller fremden Staaten aus Deutschland“ vorsah und empfahl, sich bei der Präsentation dieses Vorschlags „nicht dem Vorschlag der drei (West-)Mächte über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen entgegenzustellen“⁹.

Es besteht kein Anlaß, die zahlreichen sowjetischen Beteuerungen, daß man die Einheit Deutschlands wolle und daß in Deutschland nicht der Sozialismus auf der Tagesordnung stünde, sondern die „Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution“, nicht beim Wort zu nehmen. Weder wurde in den internen Anweisungen aus Moskau je etwas anderes gesagt, noch konnte, nüchtern betrachtet, etwas anderes im Interesse der Sowjetunion liegen. Stalins wiederholte Versicherungen, der Sozialismus könne auch auf parlamentarisch-demokratischem Weg verwirklicht werden¹⁰, erscheinen in diesem Zusammenhang als Versuch, ideologische Grundüberzeugungen und sowjetische Staatsinteressen in Einklang zu bringen und die verständlicherweise enttäuschten deutschen Genossen zu vertrösten.

II. Die Option für den Westen

Das hartnäckige Werben der sowjetischen Führung um Unterstützung des Friedensvertrags-Projekts durch die Deutschen unterstreicht, daß die Verfestigung der Ost-West-Teilung nicht ohne Zustimmung der Deutschen im Westen zu haben war. Wenn die Westdeutschen bereit waren, für die Wiedervereinigung den Preis der Neutralisierung zu zahlen, dann konnten die westlichen Besatzungsmächte sie nicht verweigern – ganz gleich, welche Folgen ein neutrales Deutschland für den Zuschnitt des westlichen Bündnisses haben mochte. Insofern haben die Deutschen im Westen eine sehr spezifische Rolle im Kalten Krieg gespielt.

9 Ermittelt von Elke Scherstjanoi, Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953. Neue Dokumente aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums, in: Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte, 46 (1998), S. 497–549, hier S. 539–543.

10 Vgl. W. Loth (Anm. 3), S. 32 f., ähnlich S. 146.

Sie fiel freilich anders aus, als Stalin gehofft und Churchill gefürchtet hatte. Für Konrad Adenauer etwa, den späteren ersten Bundeskanzler, stand schon im Sommer 1945 fest, daß „der von Rußland besetzte Teil“ des Deutschen Reiches „für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren ist“¹¹. „Rußland“, schrieb er in einer Ausarbeitung für den Duisburger Oberbürgermeister Heinrich Weitz am 31. Oktober 1945, „entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Gebieten völlig nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten Gebieten herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist die Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache.“ Adenauers Überlegungen zur staatlichen Neuorganisation der Deutschen beschränkten sich auf den „nicht von Rußland besetzten Teil Deutschlands“. Dieses westliche Deutschland war für ihn „ein integrierender Bestandteil Westeuropas“, und er sollte es auch bleiben¹².

Wenig später kam zu dem Abschreiben der Ostzone auch noch die Furcht vor einer weiteren Expansion des Kommunismus: „Die Gefahr ist groß“, alarmierte er im März 1946 den Sozialdemokraten Wilhelm Sollmann, einen alten Bekannten aus der Weimarer Zeit, der in die USA emigriert war. „Asien steht an der Elbe.“ Und weiter: „Nur ein wirtschaftlich und geistig gesundes Westeuropa unter Führung Englands und Frankreichs, ein Westeuropa, zu dem als wesentlicher Bestandteil der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands gehört, kann das weitere geistige und machtmäßige Vordringen Asiens aufhalten.“¹³ Ein wirtschaftlich und politisch konsolidiertes Westdeutschland als gleichberechtigter Partner des Westens im Kampf gegen die sowjetische Expansion – das war von nun an die Vision, die Adenauer für die Zukunft der Deutschen vor Augen hatte¹⁴.

Kurt Schumacher, der Führer der westdeutschen Sozialdemokraten, sah das im Kern genauso. Die späteren leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um taktische Fragen der Westintegration sollten nicht den Blick dafür verstellen, daß auch er die

11 Aktennotiz Adenauers vom 9. 10. 1945 über ein Gespräch mit Vertretern des New Chronicle und der Associated Press, in: Adenauer. Briefe 1945–1947, bearb. von Hans-Peter Mensing, Berlin 1983, S. 124.

12 Ebd., S. 130 f.

13 Ebd., S. 191.

14 Details zu Adenauers Deutschlandpolitik in den ersten Nachkriegsjahren bei Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986, sowie Josef Föschepoth (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988.

östliche Besatzungszone schon im Herbst 1945 als „verloren“ betrachtete. Sozialdemokratische Politik war für ihn dort nicht möglich, solange die Sowjetunion als Besatzungsmacht präsent sei. Folglich konzentrierte er sich von vorneherein auf den Aufbau einer starken sozialdemokratischen Partei in den Westzonen, die sich durch demonstrativen Antikommunismus Einfluß bei den westlichen Besatzungsmächten verschaffen sollte. Die Bildung einer gesamtdeutschen SPD lehnte er kategorisch ab: Sie drohte in seiner Sicht nur dazu zu führen, daß die Sowjetmacht auch auf die Entwicklung in den Westzonen Einfluß nehmen konnte. Selbst als der Berliner Zentralausschuß der SPD um Otto Grotewohl darauf drängte, eine Reichsorganisation der Sozialdemokratie zu schaffen, um den Druck der Kommunisten auf eine rasche Vereinigung der beiden Arbeiterparteien abzuwehren, blieb Schumacher bei seinem Nein. Für die verzweifelten Ost-Genossen hatte er im Winter 1945/46 nur den Rat übrig, die Partei im Osten doch aufzulösen¹⁵.

Nun konnten weder Adenauer noch Schumacher in den ersten Nachkriegsjahren öffentlich darlegen, daß ein neuer deutscher Staat nur im Westen möglich war. Politisch korrekter und wohl auch populärer war im besiegten Deutschland zunächst die Forderung, die vier Besatzungszonen sollten eine Brücke zwischen Ost und West bilden, ein Element der Verständigung zwischen den Besatzungsmächten, das die Einheit Deutschlands sicherte und darüber hinaus auch noch entscheidend zur Etablierung einer neuen Friedensordnung beitrug. Jakob Kaiser, der Vorsitzende der CDU in der sowjetischen Besatzungszone, drückte aus, was viele dachten, als er in seiner ersten Programmrede vor dem erweiterten Vorstand seiner Partei am 13. Februar 1946 erklärte: „Ich sehe den Sinn des für uns so schmerzlichen Geschehens in der gegenseitigen Befruchtung der Nationen, in der gegenseitigen Abstimmung auf eine europäische Gemeinschaft, die ganz Europa zu sozialen Formen kommen läßt, die eine neue und dauerhafte Verständigung möglich machen.“¹⁶ Die Diskussionen in den Zeitschriften und politischen Zirkeln wurden von solchen Vorstellungen beherrscht¹⁷. Kaiser konnte sich mit

einigem Recht nicht nur als der künftige Führer einer gesamtdeutschen CDU fühlen, sondern auch als der kommende Mann im neuen Deutschland.

Indessen reichte der Einfluß der Bedenkenträger und der Partikularisten aus, um eine gesamtdeutsche Artikulation der Deutschen zu verhindern. Grotewohl scheiterte auf der Parteiführerbesprechung der Sozialdemokraten Anfang Oktober 1945 in Wennigsen bei dem Versuch, den Zentralausschuß durch Hinzuziehung von Vertretern der Westzonen und des alten Parteivorstands aus dem Londoner Exil zu einer provisorischen Parteiführung für alle vier Zonen auszubauen. Statt dessen erhielt Schumacher das Mandat, als „Beauftragter“ für die Partei der drei Westzonen zu sprechen; der Zentralausschuß in der Ostzone sah sich damit des stärksten Arguments gegen eine sofortige Vereinigung der Arbeiterparteien beraubt. Danach lenkten Schumachers berechtigte Attacken gegen die Zwangsvereinigung von einem sorgfältigen Nachdenken über die deutsche Situation ab. Entsprechend gerieten die Anwälte einer Ost-West-Verständigung innerhalb der Westzonen-SPD allmählich in die Isolation.

Bei den Christdemokraten verlor Jakob Kaiser allein schon durch die Angriffe aus den Reihen der SPD an Gewicht. Sodann hatten Adenauers Bemühungen um eine Sammlung der bürgerlichen und anti-preußischen Kräfte soweit Erfolg, daß Kaiser seinen Führungsanspruch nicht durchsetzen konnte. Mit Mühe brachte er im Februar 1947 eine überzonale Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU zustande, doch wurde sie nicht wirklich aktiv. Eine gesamtdeutsche Parteiorganisation gab es bei den Christdemokraten ebensowenig wie bei der SPD.

Ebenso liefen Kaisers Bemühungen ins Leere, im Vorfeld der Moskauer Außenministerratstagung vom März/April 1947 eine „Nationale Repräsentation“ aller Parteien zustande zu bringen. Schumacher lehnte es ab, sich mit den Vertretern der SED an einen Tisch zu setzen. Daraufhin konnte Adenauer das Engagement der CDU für das Projekt unter Hinweis auf die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten abschwächen, und Briten und Amerikaner sahen keinen Grund mehr, sich dem Widerstand der französischen Besatzungsmacht gegen das Vorhaben zu widersetzen. Ganz ähnlich wirkten französische Besatzungsmacht und deutsche Abgrenzungspolitiker bei dem Scheitern der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Juni 1947 zusammen: Als den ostdeutschen Ministerpräsidenten verwehrt wurde, wenigstens eine Erklärung zur Bildung einer Zentralverwaltung verlesen zu dürfen, sahen sie sich gezwungen, den Konferenzort noch vor Beginn der offiziellen

15 Vgl. Klaus Sühl, Schumacher und die Westzonen-SPD im Vereinigungsprozeß, in: Dietrich Staritz/Hermann Weber (Hrsg.), Einheitsfront – Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa 1944–1948, Köln 1989, S. 108–128.

16 Zitiert nach: Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969, S. 68.

17 Vgl. Wilfried Loth, German Conceptions of Europe during the Escalation of the East-West Conflict, 1945–1949, in: Josef Becker/Franz Knipping (Hrsg.), Power in Europe? Great Britain, France, Italy and Germany in a Postwar World, 1945–1950, Berlin – New York 1986, S. 517–536.

Beratungen wieder zu verlassen. Ein weiteres Treffen der Ministerpräsidenten, von Sachsen-Anhalts Regierungschef Erhard Hübener betrieben, kam erst gar nicht mehr zustande. Als sich zwölf führende deutsche Politiker am 9. November 1947 privat am Berliner Wannsee trafen, bestrafte Schumacher den prominentesten sozialdemokratischen Teilnehmer – Paul Löbe – mit dem Ausschluß aus dem außenpolitischen Ausschuß der Partei.

Adenauer und Schumacher konnten sich mit ihrer Abgrenzungsstrategie durchsetzen, weil der Nationalismus der Deutschen gleich zweimal gebrochen war. Durch die weitgehende Identifikation mit dem Nationalsozialismus, der die Welt in eine unvorstellbare Katastrophe geführt hatte, war er mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches grundsätzlich fragwürdig geworden. Es war für die Deutschen unter dem Besatzungsregime nicht nur opportun, Zurückhaltung in der nationalen Frage zu zeigen. Viele waren auch unsicher geworden oder suchten ehrlich nach einem neuen Anfang jenseits der Vergötterung des Nationalstaats. Gleichzeitig wurde das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit von der Furcht vor dem Sowjetkommunismus überlagert. Uralte Zivilisationsängste und die latente Furcht vor einer sozialen Revolution führten zu einer höchst selektiven Wahrnehmung der Realitäten in der sowjetischen Besatzungszone und der sowjetischen Deutschlandpolitik. Dabei wirkte die nationalsozialistische Propaganda gegen die „bolschewistische Gefahr“ nach. Ehemalige Angehörige der Wehrmacht, die die Realität des Vernichtungskrieges der Deutschen im Osten kannten, fürchteten zudem oft, jetzt werde den Deutschen mit gleicher oder noch schlimmerer Münze heimgezahlt werden.

Der Zusammenbruch des Nationalismus und die Furcht vor dem Kommunismus hatten zur Folge, daß sich die Deutschen im Westen pragmatisch auf das Naheliegende konzentrierten: auf den Wiederaufbau des politischen Lebens in ihrer Region und ihrer Besatzungszone. Das Schicksal der Deutschen im Osten mußte demgegenüber zurückstehen. Als Grotewohl für eine gemeinsame Organisation der SPD in allen vier Besatzungszonen warb, schrieb der Vorstand des SPD-Bezirks Westliches Westfalen an Schumacher, die Herstellung einer gesamtdeutschen SPD sei ein Problem der Zukunft und nicht der Gegenwart: „Jetzt sitzt uns das Hemd näher als der Rock.“¹⁸ Eine gesamtdeutsche Politik, die aktiv gegen die Tendenzen zur Spaltung zwischen Ost und West ankämpfte, war

bei einer solchen Haltung nicht mehr mehrheitsfähig¹⁹.

Freilich ließ der Solidaritätsbruch, der in der Konzentration auf den Westen steckte, viele Deutsche auch zögern, aktiv an der Verfestigung der Ost-West-Spaltung mitzuwirken. Das zeigte sich, als die westlichen Alliierten im Juni 1948 die Gründung eines westdeutschen Staates auf die Tagesordnung setzten. Mit Rücksicht auf die abwartende Stimmung in der Bevölkerung wollten die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nicht mehr akzeptieren als ein „Grundgesetz für die einheitliche Verwaltung des Besatzungsgebietes der Westmächte“, das von den Militärgouverneuren in Kraft gesetzt wurde und ihnen die Verantwortung für die Verfestigung der Spaltung überließ. Als zwei Jahre später auch die Aufstellung westdeutscher Truppen und die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis zur Entscheidung anstanden, war der Widerstand sogar noch größer. Auch nach dem Beginn des Koreakrieges blieben die Gegner einer Wiederbewaffnung in der Mehrheit: Nur knapp 40 Prozent der Westdeutschen erklärten sich mit einer „Europa-Armee mit deutschem Beitrag“ einverstanden; 45 Prozent lehnten sie weiterhin ab²⁰.

Angesichts der unentschiedenen und widersprüchlichen Haltung der westdeutschen Bevölkerung konnten entschlossene und geschickt agierende politische Führer eine große Rolle spielen. Bei der Entscheidung zur Einsetzung des Parlamentarischen Rats im Juli 1948 war dies Ernst Reuter, der Berliner Oberbürgermeister, der die westdeutschen Ministerpräsidenten unter dem Eindruck der Berliner Blockade drängte, mit der staatlichen Organisation Deutschlands im Westen zu beginnen. Mit seinem Appell zur Verteidigung der Freiheit West-Berlins drängte er die Bedenken gegen die Verfestigung der Teilung in den Hintergrund. Von allen taktischen Fehlern, die Stalin im Zuge des Kalten Krieges beging, erwies sich die Berliner Blockade als der größte.

Wiederbewaffnung und Westintegration wurden in erster Linie von Konrad Adenauer durchgesetzt. Nicht nur, daß er die Gelegenheit, die der Koreakrieg bot, sogleich nutzte, um Verhandlungen der Westmächte über den Verteidigungsbeitrag der

19 Vgl. mit weiteren Beispielen Wilfried Loth, *Die Deutschen und die deutsche Frage. Überlegungen zur Dekomposition der deutschen Nation*, in: ders. (Hrsg.), *Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit*, Berlin 1994, S. 214–228.

20 Meinungsumfragen vom November 1950, zit. nach Wilfried Loth, *The Korean War and the Reorganization of the European Security System 1948–1955*, in: Rolf Ahmann/Adolf M. Birke/Michael Howard (Hrsg.), *The Quest for Stability. Problems of West European Security 1918–1957*, Oxford 1993, S. 465–486, hier S. 480.

18 Schreiben vom 21. 9. 1945, zit. nach K. Sühl (Anm. 15), S. 118.

Bundesrepublik zu provozieren. Als die Sowjetführung mit den Noten vom 10. März und 9. April 1952 ihr bislang weitestgehendes Angebot präsentierte, beschwor er die westlichen Regierungen, nur ja nicht darauf einzugehen. Gleichzeitig hielt er die Kritiker der Westintegration in den eigenen Reihen wie in der Opposition mit dem Versprechen hin, wenn der Westen jetzt nur fest bleibe, werde die Sowjetunion bald ein noch viel weitergehendes Angebot machen: die Entlassung des „ganzen europäischen Ostens“ in die Freiheit²¹.

Es ist bemerkenswert, daß Adenauer die sowjetische Initiative vom Frühjahr 1952 exakt so einschätzte, wie sie im Licht der neuesten Forschung erscheint: als konsequente Fortsetzung einer seit 1945 durchgehaltenen Linie. „Im Grunde genommen“, führte er am 16. März 1952 auf der Gründungsversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Siegen zur Stalin-Note aus, „bringt sie wenig Neues. Abgesehen von einem stark nationalistischen Einschlag, will sie die Neutralisierung Deutschlands, und sie will den Fortschritt in der Schaffung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft und in der Integration Europas verhindern.“²² Im Unterschied zu vielen späteren Interpreten hat Adenauer Stalins Angebot durchaus ernst genommen. Er hielt es nur nicht für attraktiv. Neutralisierung hieß für ihn nicht nur Rückzug der sowjetischen Truppen aus der östlichen Besatzungszone (diesen Aspekt hat er kaum thematisiert), sondern auch Rückzug der Amerikaner aus Europa. Damit entstand für ihn eine Situation, in der das westliche Europa permanentem Druck durch die einzig verbliebene militärische Großmacht auf dem Kontinent ausgesetzt war und naive oder opportunistische Nationalisten den Kommunisten helfen würden, in ganz Deutschland die Macht zu ergreifen. „Bismarck hat von seinem Alpdruck der Koalitionen gegen Deutschland gesprochen,“ vertraute er im Juni 1953 einem Journalisten an. „Ich habe auch meinen Alpdruck: er heißt Potsdam. Die Gefahr einer gemeinsamen Politik der Großmächte zu Lasten Deutschlands besteht seit 1945 und hat auch nach der Gründung der Bundesrepublik weiterbestanden. Die Außenpolitik der Bundesrepublik war von jeher darauf gerichtet, aus dieser Gefahrenzone herauszukommen. Denn Deutschland darf nicht zwischen die Mühlsteine geraten, dann ist es verloren.“²³ Eine gemeinsame Politik der Groß-

mächte als Gefahr – deutlicher konnte man die Option für den westlichen Block nicht bezeichnen.

III. Ulbrichts Revolution

Mit der entschiedenen Westpolitik Adenauers rückten auch Walter Ulbricht und seine sozialistische Revolution im Ostteil des besetzten Deutschlands allmählich aus der Gefahrenzone. Die Parallelität in den Interessen des ersten Bundeskanzlers und des SED-Generalsekretärs ist häufig thematisiert worden. Mit den neuen Quellen wird deutlicher faßbar, daß ihr auch eine gewisse Parallelität im Handeln entsprach. Die Westintegration der Bundesrepublik ist so wenig ohne Adenauer denkbar wie die DDR ohne Ulbricht. Das heißt nicht, daß Ulbricht von vornherein etwas anderes angestrebt hätte als Stalin. Die Orientierung an den Vorgaben des Führers der Sowjetunion erfolgte bei ihm ebenso aus innerer Überzeugung wie aus der Furcht um politisches Überleben. Stalins Diktum, daß die Revolution in Deutschland nicht auf der Tagesordnung stünde und statt dessen die Zusammenarbeit mit den westlichen Besatzungsmächten gesucht werden müsse, hat er nicht nur akzeptiert; er war auch an vorderster Front daran beteiligt, es bei den verwirrten und häufig auch enttäuschten Parteigenossen durchzusetzen. „In der Periode gegen den Faschismus, den Hitlerkrieg“, erklärte er im April 1944 in der Planungskommission des Moskauer Exils, „und in der Periode der Aufrichtung einer neuen Demokratie stellt die Partei die Anstrengung der Verwirklichung ihrer Endziele zurück und sieht in dem Kampf gegen den Hitlerkrieg und der Mitwirkung an der Aufrichtung einer neuen Demokratie, der Vernichtung der deutschen Reaktion, die Schaffung der Voraussetzungen für die Propagierung ihres Endzieles.“²⁴

Indessen sorgte die Wahrnehmung der Welt in Kategorien des Klassenkampfes dafür, daß die Erziehungsdiktatur der Besatzungsmacht in der Sowjetzone nicht – wie in den westlichen Besatzungszonen – nach und nach in die Gewährung immer größerer Freiheiten überging, sondern in die Diktatur des SED-Sekretärs. Wenn man in jeder abweichenden Auffassung sogleich eine Manifestation des Klassenfeindes sah, blieb man letztlich darauf angewiesen, alles selbst zu kontrollieren. Wie die neuere Forschung deutlich machen konnte, haben sich Ulbricht und Sergei Tulpanow,

21 So vor dem Vorstand der CDU-Bundestagsfraktion am 25. 3. 1952, berichtet bei Hermann Pünder, *Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968, S. 488.

22 Siegener Zeitung vom 7. 3. 1952.

23 Interview mit Ernst Friedländer, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Bonn 1953, Nr. 109, S. 926 (13. 6. 1953).

24 Sitzung vom 24. 4. 1944, zit. nach Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir.“ *Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland*, Berlin 1994, S. 169.

der Partei-Referent der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), in diesem Prozeß wechselseitig unterstützt: Oberst Tulpanow sah in Ulbricht den verlässlichsten Organisator unter den Deutschen und förderte ihn entsprechend. Die Erfolge, die er dabei erzielte, vergrößerten seinen Einfluß innerhalb der Besatzungsadministration und verschafften ihm zugleich einen gewissen Freiraum in Moskau²⁵.

Daß Ulbricht und Tulpanow mit der Etablierung der Parteidiktatur in der Ostzone objektiv in einen Widerspruch zu Stalins deutschlandpolitischem Fahrplan gerieten, haben sie zunächst nicht bemerkt. Nach dem Scheitern der Londoner Außenministerratstagung im Dezember 1947 war offenkundig, daß Deutschland in Ost und West geteilt war; aus Moskau war aber nur zu hören, daß der Kampf gegen das „imperialistische und antidemokratische Lager“ mit aller Entschiedenheit geführt werden müsse²⁶. Da lag es nahe, die Situation in der Ostzone als revolutionär zu deuten und sich die deutsche Einheit nur noch von der Durchsetzung dieser Revolution in ganz Deutschland zu erhoffen. Als Tulpanow im Mai 1948 der SED-Führung erklärte, „die Partei steht in der Zone faktisch an der Macht und führt den Kampf für die Eroberung ganz Deutschlands“²⁷, glaubte er, mit Stalins Einschätzung übereinzustimmen.

Daß dem nicht so war, wurde ihm alsbald von Wladimir Semjonow, dem Politischen Berater der SMAD klargemacht: „Ich sagte Tulpanow gehörig meine Meinung und hob vor allem hervor, derartige Erklärungen dürften auf keinen Fall ohne vorherige Sanktionierung durch das ZK der KPdSU (B) abgegeben werden.“²⁸ Ulbricht erfuhr beim nächsten Besuch in Moskau im Dezember 1948, daß er mit der internen Proklamation des Übergangs zum Sozialismus zu weit gegangen war: „Noch keine Volksdemokratie“, „Lage nicht gleich wie Volksdemokratien“, „Noch kein einheitlicher Staat – stehen nicht vor der Macht“, notierte Wilhelm Pieck als Ergebnis der Unterredung mit Stalin²⁹.

25 Vgl. Norman M. Naimark, *The Russians in Germany: A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge, Mass. – London 1995, sowie die posthum veröffentlichten Erinnerungen von Wladimir S. Semjonow, *Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991*, Berlin 1995, besonders S. 261 ff.

26 So Shdanow auf der Gründungskonferenz des Kominform, *The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949*, Mailand 1994, S. 224 f. Genauere Direktiven an die SMAD oder die SED-Führung hat es allem Anschein nach im Winter 1947/48 nicht gegeben.

27 Vortragsskizze vom 8. 5. 1948, veröffentlicht bei R. Badstübner/W. Loth (Anm. 2), S. 216–227, hier S. 217.

28 W. S. Semjonow (Anm. 25), S. 262.

29 Unterredung vom 18. 12. 1948, zit. nach R. Badstübner/W. Loth (Anm. 2), S. 259–263, hier S. 261.

Natürlich gelobten sowohl Tulpanow als auch Ulbricht sogleich Besserung. Das konnte Tulpanow aber nicht davor bewahren, entmachtet zu werden. Nach einigem Zögern, das sich mit seiner Unentbehrlichkeit als hervorragender Kenner der Sprache, des Landes und der Partei erklären läßt, wurde er im Winter 1948/49 zunächst in seinen Kompetenzen beschränkt und wenige Monate später abberufen³⁰. Ulbricht hingegen konnte sich behaupten. Unter dem Eindruck des Bruchs mit Tito avancierte die strikte Kontrolle der auswärtigen Parteiorganisationen zu einem vordringlichen Ziel Stalins. Dafür war in der sowjetischen Besatzungszone niemand besser qualifiziert als Ulbricht. Folglich ließ Stalin ihn weiterhin die SED in eine „Partei neuen Typs“ umformen. Daß er damit zugleich sein deutschlandpolitisches Projekt weiter beschädigte, sah er offensichtlich nicht.

Ulbricht begnügte sich freilich nicht damit, die SED in eine stalinistische Kaderpartei zu verwandeln. Er blieb auch darauf bedacht, ihr das Machtmonopol in der DDR zu sichern und die „sozialistische Umgestaltung“ voranzubringen, wo immer dies möglich war. Die Einheit Deutschlands war ihm nur als Übertragung der in der DDR geschaffenen Ordnung auf das gesamte Deutschland vorstellbar, herbeizuführen durch den „Kampf“ der „demokratischen Kräfte“ gegen die westlichen Monopole und das Adenauer-Regime, das sie errichtet hatten. In einem Entwurf für die Grundsatzzrede auf der 2. Parteikonferenz der SED, den er im März 1952 der Moskauer Führung zur Billigung vorlegte, charakterisierte er die Aufgabe der SED als „Führung im Kampf um die Herbeiführung eines Friedensvertrags und die Vollendung der großen nationalen Aufgabe – der Errichtung einer demokratischen und friedliebenden Ordnung nach dem Vorbild der Deutschen Demokratischen Republik in ganz Deutschland“³¹.

Es ist bezeichnend, daß Ulbrichts Rede in dieser Form nicht gebilligt wurde. Mikhail Gribanow, der Direktor der deutschlandpolitischen Abteilung im Moskauer Außenministerium, kritisierte die ungenügende Berücksichtigung des Kampfes um die Einheit: Die SED-Führung verhalte sich so, „als ob die bestehende Teilung Deutschland für immer fort dauern würde“³². Wieweit Ulbricht den Gegensatz jetzt sah, ist schwer zu sagen. Die „demokratische Ordnung“ als Ziel war unterschiedlich interpretierbar, und der „Kampf“ für diese Ordnung konnte auf unterschiedliche Weise geführt werden. Infolgedessen mochte Ulbricht Stalins Kritik als lediglich taktische Korrektur mißverstehen. Es ist

30 Vgl. N. M. Naimark (Anm. 25), S. 341–345.

31 Zit. nach St. Bjørnstad (Anm. 7), S. 75.

32 Gribanow an Wyschinski, ebd.

aber auch denkbar, daß er – zu einer kritischen Einschätzung der Moskauer Vorgaben gelangt – die sprachlichen Ambivalenzen bewußt dazu nutzte, seine eigenen Ziele zu verfolgen. Jedenfalls verführten ihn die Faszination der Macht und der Glaube an die Revolution dazu, den Sowjetdiktator soweit wie möglich in die Richtung zu treiben, die er für angemessen hielt.

Dabei nutzte er mit geradezu traumwandlerischer Sicherheit alle Schwankungen und Unsicherheiten in Stalins Politik für seine Zwecke. Als der Kremlchef im April 1952 die Parole ausgab, die SED-Führung müsse jetzt ihren eigenen Staat aufbauen, suchte Ulbricht alsbald um die Genehmigung nach, die DDR zur „Volksdemokratie“ erklären zu dürfen und der Partei die Aufgabe zu stellen, „die Arbeiterklasse und die Werktätigen auf dem Wege des Aufbaus des Sozialismus vorwärtszuführen“³³. Nachdem das Moskauer Politbüro den „Kurs auf eine Forcierung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR, der von der SED eingeschlagen worden war,“ gebilligt hatte³⁴, ging Ulbricht sogleich einen Schritt weiter: Er kündigte an, „daß der Aufbau des Sozialismus zur *grundlegenden* Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist“³⁵. In den folgenden Monaten betrieb er diese Konstruktion mit der ihm eigenen Radikalität und Unerbittlichkeit. Der Spielraum, den die Moskauer Erklärung ließ, wurde extensiv genutzt.

Ebenso machte sich Ulbricht die Verwirrung zunutze, die mit dem Sturz Berijas Ende Juni 1953 entstand. Anders als man früher annehmen mußte, war mit der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni die Demontage Ulbrichts noch nicht zu Ende. Die Vorbereitungen für eine neue Verhandlungsinitiative mit den Westmächten liefen weiter, ebenso die Kritik am „Kurs in Richtung einer Forcierung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR“. Am 26. Juni beschloß die Organisationskommission des Politbüros der SED, die Funktion des Generalsekretärs des Zentralkomitees aufzuheben. Ulbrichts Entmachtung war damit praktisch besiegelt³⁶. Gerettet wurde er erst durch sein Auftreten nach der Verhaftung Berijas. Am 3. Juli konnte er einen Vertreter der sowjetischen Hohen Kommission dazu bewegen, sich für die Beibehaltung des Amtes eines Ersten Sekretärs einzuset-

zen; und bis zum 18. Juli hatte er die Mehrheit des Politbüros ebenso wie den Hohen Kommissar Semjonow davon überzeugt, daß er das Vertrauen der neuen Führung in Moskau genoß³⁷.

Tatsächlich ist eine Anweisung Moskaus, Ulbricht in jedem Fall zu halten, nicht zu erkennen. In Anbetracht der unübersichtlichen Machtverhältnisse nach Berijas Sturz, die eine Verständigung über strategische Weichenstellungen sehr erschwerte, konnte es eine solche Anweisung auch gar nicht geben. In Moskau hatte man vorerst Dringenderes zu tun, als in den internen Diskussionsprozeß der ostdeutschen Parteiführung einzugreifen. Indessen fürchtete Semjonow, daß eine solche Anweisung kommen könnte, und Herrstadt und Zaisser, die Wortführer der Fronde gegen Ulbricht, gewannen daraufhin die Überzeugung, daß es sie gab. Entsprechend verstummten sie und ermöglichten es Ulbricht damit, über sie zu triumphieren.

Im Lichte dieses Entscheidungsprozesses erscheint Ulbricht als ein Revolutionär aus eigenem Recht – in der Entwicklung eines eigenen Kurses einem Tito, Gomulka oder Mao vergleichbar, in der Technik der Beeinflussung Stalins mit Kim Il Sung. Seine „sozialistische Revolution“ war gewiß von der Präsenz sowjetischer Truppen abhängig, doch sorgte er mit seiner Politik maßgeblich dafür, daß ebendiese Voraussetzung erhalten blieb – entgegen den ursprünglichen Planungen der sowjetischen Besatzungsmacht, die einen Rückzug nach Abschluß des Friedensvertrags angestrebt hatte. Die sozialistische Transformation in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands steht damit in einer Reihe mit den Transformationen in den weiteren Ländern des späteren Warschauer Pakts: in dieser Form nicht von Moskau geplant, sondern von nationalen kommunistischen Kräften im Schatten der Roten Armee vorangetrieben und schließlich durch den Kalten Krieg sanktioniert, an dessen Entstehung sie durchaus einen eigenständigen Anteil hatten.

IV. Der Wendepunkt

Ulbrichts Rettung am 18. Juli 1953 bezeichnet ziemlich genau den Punkt, von dem an die Ost-West-Blockstruktur in Europa sich verfestigte. Bis dahin hatten sowjetische Initiativen die westlichen Pläne für eine integrierte NATO unter Beteiligung der Bundesrepublik immer wieder in Frage gestellt, waren im Westen immer wieder Zweifel

33 Ulbricht an Stalin, 1. 7. 1952, veröffentlicht bei Dietrich Staritz, *Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“*, in: *Deutschland Archiv*, 24 (1991), S. 686–700, hier S. 698 f.

34 So die Formulierung in einem Beschluß des Präsidiums des Ministerrats der UdSSR vom 27. 5. 1953, veröffentlicht in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 32 (1990), S. 651–654.

35 Resolutionsentwurf vom 8. 7. 1952, zit. nach R. Badstübner/W. Loth (Anm. 2), S. 189 (Hervorhebungen vom Verf.).

36 Vgl. ebd., S. 208.

37 Vgl. ebd., S. 211–214.

aufgekommen, ob diese Form der Westintegration wirklich notwendig, vernünftig oder zumindest unvermeidlich war. Mit der Rückkehr Ulbrichts an die Macht war jedoch das stärkste Hindernis stabilisiert, das einer Verständigung über eine einvernehmliche Regelung der Deutschlandfrage im Wege stand. Die Stalin-Nachfolger waren nicht mehr in der Lage, gegen dieses Hindernis anzugehen: Sie mußten nach dem Aufstand vom 17. Juni darauf bedacht sein, das SED-Regime nicht weiteren Erschütterungen auszusetzen, und waren zudem durch die Instrumentalisierung offensichtlicher deutschlandpolitischer Meinungsverschiedenheiten (deren Ausmaß allerdings immer noch unklar ist) im Machtkampf gegen Berija in ihrer Aktionsfähigkeit beschränkt.

Entsprechend setzte die Sowjetführung ihre Kampagne zu baldigen freien gesamtdeutschen Wahlen zwar fort; es wurden aber keine Anstrengungen mehr unternommen, ihr größere Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Bei einem informellen Treffen während der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955 erklärte Nikolai Bulganin seinem britischen Kollegen Anthony Eden, es sei gewiß nicht möglich, von dieser Konferenz nach Moskau zurückzukehren und „hier in Genf der sofortigen Wiedervereinigung zugestimmt zu haben“; das sei etwas, was man in Rußland nicht verstehen würde. Aber, so fuhr er fort, während Chruschtschow zu dem Gespräch hinzutrat, er und Chruschtschow seien bereit, ihrem Außenminister entsprechende Weisungen zu geben; die Minister sollten über das Thema „Wiedervereinigung“ beraten, gemeinsam mit entsprechenden Gegenleistungen³⁸.

Definitiven Abschied von den Neutralisierungsplänen nahm Chruschtschow erst, nachdem auch dieser Verhandlungsfühler ohne greifbares Ergebnis geblieben war. Bulganin wies in den offiziellen Verhandlungen darauf hin, daß einem solchen Arrangement- unterdessen erhebliche Schwierigkeiten im Wege standen: „Inzwischen haben sich zwei Deutschlands gebildet – die DDR und die Bundesrepublik Deutschland – , jedes mit seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur. Es ist klar, daß die Frage einer mechanischen Verschmelzung der beiden Teile Deutschlands ... unter solchen Umständen nicht angeschnitten werden kann, da das eine unrealistische Vorstellung wäre.“³⁹ Und Chruschtschow gab der DDR eine öffentliche Erklärung zur Bestandssicherung, die ihr bis dahin gefehlt hatte: Auf der Rückreise nach

Moskau machte die sowjetische Delegation in Ost-Berlin Station. Chruschtschow erklärte, „Gesamtdeutschland“ bestehe „gegenwärtig nicht, es existieren zwei deutsche Staaten ... , alles andere ist nicht real“. Und dann, unter „lang anhaltendem Beifall“: „Man kann die deutsche Frage nicht auf Kosten der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik lösen“; eine „Beseitigung all ihrer politischen und sozialen Errungenschaften“ sei nicht möglich⁴⁰.

Damit ging im Sommer 1955 der Prozeß zu Ende, der bis dahin das zentrale Thema des Kalten Krieges dargestellt hatte: der Prozeß der Etablierung einer neuen internationalen Ordnung nach dem Zusammenbruch des europäischen Staatensystems, der infolge des Ost-West-Gegensatzes die Form einer Blockbildung in Ost und West annahm. Was in der Geschichte des Ost-West-Konflikts folgte – der Antagonismus der beiden Blöcke und die Bemühungen um seine Eindämmung – , war in seinen Strukturen vom Prozeß der Blockbildung so verschieden, daß es sich empfiehlt, an dieser Stelle einen analytischen Einschnitt vorzunehmen⁴¹. Der Kalte Krieg war nicht zu Ende, aber die Deutsche Frage hatte eine Regelung gefunden, die seinen Charakter fundamental veränderte. Die neuen Probleme, die sich aus dem Antagonismus der Blöcke ergaben, legten bald die Frage nahe, ob der Begriff „Kalter Krieg“ noch eine angemessene Charakterisierung des Geschehens darstellte.

Die Quellenfunde in westlichen wie östlichen Archiven lassen den Prozeß der Blockbildung offener erscheinen, als er sich der Mehrheit der Zeitgenossen dargestellt hatte. Die Forschung stellt damit das Geschichtsbild in Frage, das die Sieger der Auseinandersetzungen bis in die Mitte der fünfziger Jahre geformt hatten. Die Gemeinsamkeit und die Flexibilität der Siegermächte erscheinen größer, als man unter dem Eindruck des Kalten Krieges wahrhaben wollte; die Rollen, die die Deutschen in West und Ost in dem Entscheidungsprozeß gespielt haben, der zur Etablierung der beiden deutschen Staaten führte, erweisen sich als wesentlich bedeutender. Insofern trägt die Erschließung der neuen Quellen auch zur Entpolarisierung unseres Verständnisses vom Kalten Krieg bei: Der Ost-West-Konflikt erscheint weniger denn je als eine Auseinandersetzung, deren Verlauf allein oder auch nur vorwiegend von den Mächtigen in Washington und Moskau bestimmt wurde.

38 Vgl. PRO Cabinet Papers (55) 99, 27. 7. 1955, CAB 129/76, zit. nach Rolf Steininger, Deutsche Frage und Berliner Konferenz 1954, in: Wolfgang Venohr (Hrsg.), Ein Deutschland wird es sein, Erlangen 1990, S. 37–88, hier S. 87.

39 Europa-Archiv, 10 (1955), S. 8061.

40 Ebd., S. 8121.

41 Vgl. meinen Vorschlag in: Die Teilung der Welt (Anm. 5), S. 343–345. Zur Struktur des Ost-West-Konflikts nach dem Wendepunkt von 1955 Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975: Entspannung und Abrüstung, München 1998.

Die Bundesrepublik als „Sonderweg“ der europäischen Geschichte?

I.

In den Monaten und ersten Jahren nach jenem epochalen Triumph des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik durch den Beitritt der gewandelten DDR zum westdeutschen Staat gewann in der politischen Debatte ein Diskurs Raum, der in den vierzig Jahren zuvor unbedeutend geblieben war: die Rede von der nun fälligen „Normalisierung“. Als ob das gesellschaftliche und politische Leben der Westdeutschen in den Jahrzehnten zuvor von Sonderstrukturen geprägt gewesen sei, von einer bukolischen Nischenexistenz, einer irgendwie heilen Welt – mitten im Kampf der Systeme.

Worauf stützt sich diese Argumentation? Es sei zum einen die nichtvollendete Souveränität der Bundesrepublik gewesen, die sie zum Wohlverhalten gegenüber den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs gezwungen habe, wie von einigen Autoren argumentiert wird; sie habe keine „normale“ Politik nach außen und innen ermöglicht. Zum anderen sei es ihre angebliche Befangenheit in einer Art Vergangenheitsbezogenheit gewesen, die ihresgleichen suche; eine „Wiedergutmachungs“-Orientierung, die geradezu zwanghaft sei. Auf diese beiden Leit motive – zumal in Publikationen der achtziger Jahre geäußert – stützt sich die Argumentation von der Nicht-Normalität der „alten Bundesrepublik“, ja der eines „Sonderwegs“ der Westdeutschen nach 1945. Trifft diese Argumentation zu? Trifft sie den Kern der Außen- und Innenpolitik bis 1989? Ist ferner das Motiv der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ prägend für die Beschäftigung der westdeutschen Gesellschaft mit Politik?

Zunächst zur Frage nach den Restriktionen für eine souveräne bundesdeutsche Außenpolitik: Wie lauten die Kriterien, und wie ist der historische Befund? Insbesondere der Bonner Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz kritisierte „die gezähmten Deutschen“ – so der Titel seines 1985 erschienenen Essaybandes, dessen Untertitel lautet: „Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit“¹. Er meinte seinerzeit natürlich die Deut-

schen der Bundesrepublik und insbesondere den Stil ihrer Außenpolitik, damals bereits seit über einem Jahrzehnt zu verantworten von dem Liberalen Hans-Dietrich Genscher. Allerdings, so monierte er, gehöre nicht nur „der schneidige Auftritt eines Kanzlers auf Weltwirtschaftsgipfeln“ zum Stil der bundesdeutschen Außenpolitik, sondern ebenso „die ergreifende Einfalt, in der ein anonymes Oberschüler auf einer ‚Friedensdemo‘ seine reinen Absichten manifestiert“².

Es sei zum einen der Verhaltensstil im Bündnis, der zur Kritik Anlaß böte: der eines „Klienten der USA“, der in „nervöse Erregung“ gerät, wenn sich die eigene Schutzmacht plötzlich zu sehr mit der gegnerischen Großmacht zu verstehen beginnt. Es sei zum zweiten „die Neigung, in Konflikten mit Dritten... ausgleichend aktiv zu werden“³. Als Beleg für ein geradezu penetrantes „Harmonisierungsbedürfnis“ führte Schwarz sowohl die von Adenauer begonnene Frankreich-Politik als auch die „Neue Ostpolitik“ Willy Brandts an, die beide meines Erachtens aber ganz anders zu interpretieren sind⁴. Und es seien – neben anderen Inhalten des devoten deutschen Politikstils – „moralische Ober- und Untertöne“ der deutschen Außenpolitik, die es zu kritisieren gelte. Hier sei besonders problematisch das „einseitige Überwiegen ethischer Betrachtungsweise“, das nach 1945 die neuen „politischen Eliten“ in Westdeutschland kennzeichne. Hingegen käme es für eine effektive Außenpolitik „auf den Sachverstand diplomatischer, militärischer, wirtschaftlicher Fachleute“ an. Als Motto wurde hier von Schwarz ein Satz Machiavellis vorangestellt: „Unentschlossene Republiken“ würden nur durch „Zwang“ zum Handeln bewegt; wenn „äußere Gewalt... sie (nicht) vorwärtsstoße, so schwanken sie ewig hin und her“⁵.

Die Ereignisse am Ende des Jahrzehnts sollten allerdings bereits das Gegenteil beweisen. Das in der Stille seines Oggersheimer Wohnsitzes – allein unter dem Druck der gewaltfreien Montagsdemonstrationen – von Kanzler Kohl entwickelte

2 Ebd., S. 18.

3 Ebd., S. 27, 23.

4 Hierzu ausführlicher Hans Karl Rupp, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, erw. und aktualisierte Neuauflage, München 1999.

5 H.-P. Schwarz (Anm. 1), S. 43, 44, 15.

1 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985.

„Zehn-Punkte-Programm“, mit dem er schon im November 1989 übervorsichtig den Weg zur „Wiedervereinigung“ über die Schaffung „konföderativer Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten“ einschlug, war in seiner Zurückhaltung genau der richtige Weg zur Einheit – ein Weg ohne wilhelminisches Säbelrasseln und im Gegenzug ohne sowjetische Drohungen und Panzeraufmärsche. Das noch im Vorfeld des „Historikerstreits“ von dem durchaus einflußreichen Politikwissenschaftler Schwarz angeschlagene Leitmotiv von der deutschen Machtvergessenheit wurde gleichwohl nach dem großen Erfolg einer zurückhaltenden, die westlichen Verbündeten geschickt einbeziehenden Vereinigung bis in die Gegenwart immer wieder neu intoniert. Ich versage mir hier die Auseinandersetzung mit allen wichtigen einschlägigen Autoren⁶.

Eine besonders publikumswirksame Zuspitzung dieser Argumentation leistete sich 1992 Arnulf Baring, als er in einem Vortrag vor der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung formulierte: „Wir leben noch immer, leben seit 1990 wieder im Deutschland Bismarcks.“⁷ Mit der durch die Vereinigung erneuerten Mittel Lage falle den Deutschen eine Position in den Schoß, „die *wir* am Anfang des Jahrhunderts mit Gewalt zweimal herbeizuzwingen versuchten: Deutschland als relative Vormacht Europas zu etablieren. *Wir* haben vor 1945 Europa *unseren* Willen aufzunötigen versucht – sehr unbegebt, wie ich zugebe, und im Ergebnis mit katastrophalen Folgen. Jetzt sind *wir* in der Gefahr, den umgekehrten Fehler zu machen, uns der neuen Aufgabe, die die Situation uns stellt: einer größeren Verantwortung, zu verweigern.“⁸ Diese Orientierung an den Machthabern vergangener deutscher Regime, gerichtet an ein zumindest einflußreiches, wenn nicht gar mächtiges zeitgenössisches Publikum, drückt als Gestus bereits mehr aus als das ganze Argument: Die Deutschen sollten sich nicht nur aus ihrer „lähmenden Ohnmacht

befreien“⁹, sondern sie sollten darüber hinaus wieder an ihre alte Rolle anknüpfen, indem sie die ihnen durch das „Wunder“ der Vereinigung zugefallene „Verantwortung“ nutzen, um endlich die Dominanzrolle in Europa, die den Deutschen geopolitisch doch eigentlich zustehe, auszufüllen.

II.

Wie ist nun aber der historische Befund? War die Außenpolitik der Bundesrepublik bis 1989 wirklich subjektiv so „machtvergessen“ und objektiv so auf ihre amerikanische Schutzmacht fixiert, wie behauptet? War sie tatsächlich die Politik eines Vasallenstaates? Zur Widerlegung vier Beispiele:

Zuerst einmal sei erinnert an das erste europapolitische Vertragswerk in den frühen fünfziger Jahren, den Vertrag über die Montanunion. Wie kam er zustande? Wurde er tatsächlich „in Rom gezeugt und in Washington geboren“, wie der damalige hessische Kirchenpräsident und Neutralist Martin Niemöller böse behauptete? Die historische Wahrheit sieht ein wenig anders aus: Der französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser beschreibt die rasche Umsetzung des von Jean Monnet ausgearbeiteten Projekts durch Robert Schuman – der den nun nach ihm benannten Plan geradezu über Nacht, gemeinsam mit Kanzler Adenauer, in den Kabinetten beider Länder und anschließend in den Parlamenten durchsetzte. War hier US-amerikanische Gängelung im Spiel oder gar eine Anweisung des Papstes? In Wirklichkeit wurde hier eine neue Variante der Politik der Sicherung Europas vor einer die Sowjetunion begünstigenden Destabilisierung und zugleich vor einem neuen deutschen Kriegspotential ins Spiel gebracht. Sie lag gewiß *auch* im Interesse der USA und schien ebenso dem politischen Katholizismus in Europa zu nützen, denn Adenauer wie Schuman und ihr italienisches Pendant de Gasperi waren christdemokratische Politiker.

Aber die eigentliche Motivation der wichtigsten Akteure – Schuman, Adenauer, De Gasperi – war aus der Sicht Alfred Grossers deren Herkunft aus europäischen Grenzländern und damit ihr Wunsch, ein Europa ohne Binnengrenzen zu gestalten¹⁰. Die geniale Lösung der Montanunion kam aber vor allem der mittelfristigen Zielsetzung der Politik Konrad Adenauers entgegen, die ganz deutlich auf Erreichung der vollen Souverä-

6 Zu nennen wären u. a. Arnulf Baring, Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991; Gregor Schöllgen, Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin 1993; Christian Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen, Berlin 1997; indirekt auch die beiden amerikanischen Autoren Andrei S. Markovits und Simon Reich, Das deutsche Dilemma, Berlin 1998, indem sie einen zu schüchternen Gebrauch der mit der Vereinigung erweiterten Machtpositionen als eine Seite dieses Dilemmas darstellen. Zum Gesamtkontext siehe Michael Staack, Großmacht oder Handelsstaat? Deutschlands außenpolitische Grundorientierungen in einem neuen internationalen System, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/98, S. 14–24.

7 Zit. nach Jürgen Habermas, Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik: Wir sind wieder „normal“ geworden, in: Die Zeit vom 11. 12. 1992.

8 Ebd. (Hervorhebung durch HKR).

9 G. Schöllgen (Anm. 6), S. 156.

10 Vgl. Alfred Grosser, Frankreich und seine Außenpolitik, 1944 bis heute, München 1989, S. 105 f.

nität für die Bundesrepublik ausgerichtet war. Denn sie wurde von ihren Protagonisten als erster Schritt auf dem Weg zu einer Europäischen Politischen Gemeinschaft verstanden, die entstehen sollte durch weitere Souveränitätsübertragung der Staaten der Europäischen Sechs, also unter Einbeziehung einer inzwischen souveränen Bundesrepublik. Die von Adenauer angestrebte Souveränität sollte bereits gleichzeitig mit dem nächsten Gemeinschaftsschritt, der Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), erfolgen, und zwar in Form des sogenannten Deutschlandvertrags. Daß der Deutschlandvertrag – in modifizierter Form – erst 1955 Wirklichkeit wurde, lag freilich am französischen Parlament, das den EVG-Vertrag schließlich doch nicht ratifizieren wollte.

Ein noch deutlicheres Beispiel tatsächlich von Schutzmacht-Intentionen unabhängiger Politik stellt die Neue Ostpolitik des ersten sozialliberalen Kabinetts in den Jahren seit 1969 dar, auch wenn es selbst hier Kritiker gibt, die meinen, Willy Brandt und sein Sonderbeauftragter Egon Bahr hätten nur langfristige amerikanische Interessen umgesetzt. Das durch Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Kennedy, aber auch durch den 13. August 1961 angeregte Neudurchdenken der Berlin-Politik durch einen Beraterkreis um Willy Brandt, in dem sein Pressesprecher Egon Bahr eine zentrale Rolle spielte, führte zu einem Passierscheinabkommen zwischen West- und Ost-Berlin, das von den drei westalliierten Schutzmächten in Berlin akzeptiert, aber nicht unterstützt wurde. Die in der ersten sozialliberalen Regierung gegen innenpolitische Widerstände durchgesetzte Neue Ostpolitik brachte die Regierung der Vereinigten Staaten in eine nicht unbedingt gewünschte Situation: Der amerikanische Sicherheitsberater und ab 1973 Außenminister Henry A. Kissinger notierte in seinen Memoiren: Es habe offenbar „keinen Sinn“ gehabt, „Brandts Politik scheitern zu lassen; wir hatten nur die Möglichkeit, dem Unvermeidlichen eine konstruktive Richtung zu weisen“. Und: „Die Koalition, deren Regierungschef Brandt war, hatte die Wahlen mit einem Programm gewonnen, das er jetzt verwirklichte. Wir konnten ihn an der Durchführung seiner Ostpolitik nicht hindern, (auch) wenn wir uns in die deutsche Innenpolitik einmischten, uns den Unwillen unserer Verbündeten zuzogen und (wie Präsident Pompidou fürchtete) aus der NATO ein deutsch-amerikanisches Bündnis für die Befreiung Osteuropas machten.“¹¹

11 Henry A. Kissinger, Memoiren 1968/1973, München 1979, S. 565f.

Die erste sozialliberale Regierung ergriff also die Chance einer Veränderung der Beziehungen zur Sowjetunion und ihren mittelosteuropäischen Satelliten zur Entwicklung einer Neuen Ostpolitik, ohne sich zuvor von Washington ein Plazet zu holen. Ihre innenpolitische Legitimation reichte ihr dafür aus. Noch mehr: Akteure und Mitakteure vertauschten zeitweilig ihre Rollen. Die Bundesregierung schaffte es, über ein neues Viermächteabkommen über Berlin die Westmächte – vor allem die Vereinigten Staaten – in eine für die Neue Ostpolitik nutzbringende Rolle einzubinden. Die USA wiederum hatten ein Interesse an der Weiterführung der Gespräche zur Begrenzung strategischer Waffen (SALT), unter anderem auch deshalb, um die Sowjetunion zu Zugeständnissen in Vietnam zu bewegen. Die Bundesregierung erklärte nun gegenüber der Sowjetunion, daß sie ohne ein Viermächteabkommen, das definitiv den „Zustand, Zugang und Zutritt“ zu West-Berlin regule (Klaus Schütz), nicht bereit sei, den Moskauer Vertrag zu ratifizieren und einen Grundlagenvertrag mit der DDR abzuschließen. Henry Kissinger nannte dieses Junktim „einen klassischen Fall für die Verkoppelung der verschiedenen außenpolitischen Bedürfnisse. Die praktische Konsequenz dieses Verkoppelungsmechanismus lag... darin, daß wir (die Vereinigten Staaten und die anderen Westmächte, H.K.R.) schließlich für den Erfolg der Politik Brandts verantwortlich wurden.“¹² Und dieses Manöver war erfolgreich. Der Neuen Ostpolitik gelang es also, die eher skeptische US-Regierung für ihre Ziele „einzuspannen“.

Ebenso kann ein weiteres, in diesem Falle wohl u. a. von Willy Brandt persönlich eingeleitetes Unternehmen der internationalen Politik als Beleg einer eigenständigen und selbstbewußten Außenpolitik der Bundesrepublik der sozialliberalen Ära dienen: das Projekt einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Daß dieses Projekt für die Sicherung des Friedens in Europa, aber auch für das Voranbringen der politisch-kulturellen Ziele des Westens in den Ländern des Realen Sozialismus Ost- und Mitteleuropas besonders relevant wurde, ist von heute aus kaum mehr zu bestreiten. Willy Brandt griff als Außenminister der Großen Koalition auf der Washingtoner NATO-Außenministerkonferenz vom April 1969 die bis dahin immer wieder erfolglos propagierte sowjetische Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz auf und plädierte dafür, daß – trotz oder gerade wegen der aktuellen Krise der Ost-West-Beziehungen nach dem Einmarsch der Streitkräfte von Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei – nun gerade der Westen initiativ werden

12 Ebd., S. 876.

solle¹³. Bei diesem Vorstoß wurde er – wie er schreibt – tatkräftig unterstützt von dem amtierenden Außenminister Italiens, dem Sozialisten Pietro Nenni. Es gelang im übrigen, „das sowjetische Interesse an einer KSZE vom Westen“ dahin gehend zu nutzen, „die UdSSR zu Zugeständnissen in der Deutschlandfrage und beim Berlin-Problem zu bewegen“¹⁴. Auch der Beginn der KSZE-Verhandlungen wurde von der Bundesregierung geschickt hinausgezögert: Erst nach Inkrafttreten des Grundlagenvertrages mit der DDR sollten sie beginnen; die KSZE sollte ihre „internationale Deblokierung... Bonn verdanken“, wie der bundesdeutsche Verhandlungsführer Egon Bahr in seinen Memoiren mitteilte¹⁵.

Ebensowenig machtvergessen wie machtversessen war die Außenpolitik Helmut Schmidts. Wir erleben Schmidt während seiner Kanzlerschaft zeitweilig geradezu als Mächtetern-Lehrmeister gegenüber der westlichen Führungsmacht. Nach einigen Auseinandersetzungen mit dem Sicherheitsberater des neuen Präsidenten Carter, Zbigniew Brzezinski, gestattete sich Schmidt gegenüber Carter sogar den „anmaßenden Rat, der Präsident möge seinen Sicherheitsberater entlassen“¹⁶. Mit dem Namen des Bundeskanzlers Schmidt sind mehrere außenpolitische Initiativen verbunden, wie immer wir sie heute inhaltlich bewerten mögen.

Eine erste Initiative ist bekanntlich die der Projektierung und Durchsetzung eines „Koordinierungsgremiums“ „für den atlantisch-pazifischen Handlungskreis“, aus der ab 1975 der regelmäßige Wirtschaftsgipfel der G 5, heute G 7 bzw. G 8, hervorging¹⁷. In diesem Falle war Schmidt gemeinsam mit seinem Freund Giscard d'Estaing, dem französischen Staatspräsidenten, initiativ¹⁸. Beide spielten denn auch auf den ersten G-5-Gipfeln die Impulsgeber. Angesichts der amerikanischen Führungsschwäche nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems und infolge von Vietnamkrieg und Watergate-Skandal „konnte das Krisenmanagement, wenn überhaupt, nur kollektiv geleistet werden“¹⁹. Über ein Europäisches Währungs-

system sollte zumindest „eine europäische Gegenposition zu den verhängnisvollen Wirkungen des Dollarverfalls“ aufgebaut werden – so Schmidt auf einer Sitzung des SPD-Parteivorstands²⁰. Weitere Beispiele für das bundesdeutsche „Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Hauptverbündeten“ sind nach Werner Link noch bedeutender, nämlich das „Festhalten an dem Vertrag zur Lieferung von Atomkraftwerken nach Brasilien (1976/77) und... der Abschluß und die Durchführung des großen westeuropäisch-sowjetischen Erdgas/Röhren-Geschäfts (1981)“²¹.

Auch die Initiative zum „NATO-Doppelbeschluß“ vom Dezember 1979 geht bekanntlich auf Helmut Schmidt zurück. Wie immer wir seine Initiative bewerten – auch hier ist die Kategorie „Machtvergessenheit“ fehl am Platze. Im einzelnen möchte ich an dieser Stelle auf die entsprechenden Kontroversen nicht eingehen²². Es wäre aber durchaus möglich, noch eine Reihe weiterer Belege für die Widerlegung der Schwarzschen These und auch der Schöllgenschen Behauptung einer „Angst vor der Macht“ oder gar der Hackeschen These von einer „Weltmacht wider Willen“, die er ja gerade auf die sozialliberale Ära bezieht, anzuführen. Jürgen Habermas hat schon recht, wenn er diese Sichtweisen als Ausdruck von mit der Vereinigung plötzlich an die Oberfläche gespülten, rückwärtsgewandten „Machtstaats“-Wünschen bundesdeutscher Intellektueller kritisiert²³.

III.

Auch die politische Kultur der „alten“ und „neuen“ Bundesrepublik geriet bald nach der Vereinigung ins Visier der „Normalisierer“. Der Berliner Politikwissenschaftler und Feuilletonist Rainer Zitelmann sah ein bedenkliches Weiterwirken von Akteuren in unserer Gesellschaft, die nach 1968 unter dem Schutzschirm „Wir wollen endlich die Vergangenheit aufarbeiten!“ in die Institutionen der Republik

13 Vgl. Willy Brandt, *Erinnerungen*, Berlin 1994, S. 181; Eckhard Lübckemeier, OSZE, in: Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, Opladen 1998⁷, S. 334 f.

14 E. Lübckemeier, ebd.

15 Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 397.

16 Werner Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974–1982, in: Wolfgang Jäger/Werner Link, *Republik im Wandel 1974–1982*, Stuttgart 1987, S. 313.

17 Vgl. ebd., S. 277 f.

18 Vgl. Helmut Schmidt, Gibt es Freundschaften in der internationalen Politik?, in: ders., *Weggefährten*, Berlin 1996, S. 251 ff., sowie die Rede Giscard d'Estaings zu Schmidts achtzigstem Geburtstag im Thalia-Theater Hamburg, 1999.

19 W. Link (Anm. 16), S. 424.

20 Zit. in: ebd., S. 287.

21 Ebd.

22 Aufschlußreich dazu aber die Interpretation von Horst Ehmke, *Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit*, Berlin 1994, S. 302 ff.

23 Vgl. J. Habermas (Anm. 7). Ähnlich Micha Brumlik, Arnulf Baring und der abenteuerliche Realismus, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, (1994) 9, S. 800 ff., und Wolfgang Wippermann, der sich auf die betreffenden Historiker folgendermaßen bezieht: „Bei den Historikern hat man den Eindruck, sie sind wieder im 19. Jahrhundert angelangt – haben die ganze Zeit Mimikry betrieben und sich progressiv gegeben.“ (Interview in: Barbara Junge/Julia Naumann/Holger Stark, *Rechtsschreiber*, Berlin 1997, S. 39).

eingewandert seien und dort ein geradezu undurchdringliches Netzwerk von politischen Beziehungen aufgebaut und ihre Positionen mit allerlei Immunsierungsstrategien abgesichert hätten²⁴. Ironie der Geschichte sei: Das Ende des DDR-Sozialismus habe letzte Barrieren gegen den Siegeszug dieser Kräfte beseitigt, denn nun sei es nicht mehr möglich, diese Cliques mit Verweis auf die abschreckende DDR-Realität, die ja stets zur Widerlegung ihrer offenbaren Wunschvorstellungen getaucht hätte, in die Schranken zu weisen. Indessen bedürfe es – so Zitelmann und andere – einer auch geistig „selbstbewußten Nation“, die sich endlich von einem Dauerrekurs auf die singulären Verbrechen der NS-Herrschaft befreie und zu einem „normalen“ Geschichtsbewußtsein zurückfinde. Interessanterweise findet sich diese Position nicht nur in Feuilletons großer Tageszeitungen, zeitweilig in der „Welt“, aber auch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, sie erfuhr 1998 auch vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels ihre Reverenz, indem er den Friedenspreis des deutschen Buchhandels an Martin Walser verlieh, jenen Schriftsteller, der seit Jahren Kritik an der angeblich zu geringen Selbstachtung der Deutschen übte.

Wie steht es nun tatsächlich mit der politischen Kultur in der Bundesrepublik? Entstand nach 1968 politisch-kulturell eine neue Republik, gar eine „Umgründung“ der Bundesrepublik, wie es wohlmeinende Beobachter formulieren?²⁵ Zunächst aber: Wie sah das Selbstverständnis der Republik und ihrer Bürgerinnen und Bürger im ersten Dezennium aus? Die Bürgerinnen und Bürger der drei Westzonen, aus denen die Bundesrepublik hervorging, erblickten in ihrem neuen Staat zunächst ein Provisorium. Für die einen wies es in ein neues, kleineres vereintes Deutschland, das die entsprechenden Lehren aus den Erfahrungen mit dem Dritten Reich zog; für die anderen war es eine Etappe zur Wiederherstellung des – wie die Staatsrechtler mehrheitlich behaupteten – nicht untergegangenen Deutschen Reiches.

Im Alltag setzten sich bei den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik bald erneut gewisse Traditionen durch, die an die Untertanenkultur

24 Vgl. Rainer Zitelmann, *Wohin treibt unsere Republik?*, Berlin 1994; hierzu indirekt: Armin Pfahl-Traughber, *Ullsteins Beiträge zu einer nationalkonservativen Tendenzwende*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, (1994) 9, S. 824 ff.

25 Aus der Vielzahl der sozialwissenschaftlichen Analysen seien nur genannt: Martin und Sylvia Greiffenhagen, *Ein schwieriges Vaterland*, München 1979, Neuauflage München – Leipzig 1993; Martin Greiffenhagen, *Politische Legitimität in Deutschland*, Bonn 1998; Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland: Bilanz und Perspektiven der Forschung*, (= PVS-Sonderheft 18), Opladen 1987.

des Kaiserreichs erinnerten und die in der Weimarer Republik ebenfalls prägend gewesen waren²⁶. Die Schulbücher der verschiedenen Bundesländer priesen „die geschlossene und überschaubare Welt einer Tradition unmündiger Menschen“ (Ralf Dahrendorf) und werteten „die zaghafte Öffentlichkeit des Verhaltens von Menschen ab“. Auch die familiäre Erziehung stand in den fünfziger Jahren noch über weite Strecken im Geiste des „Gehorsams und der Unterordnung“ (Martin Greiffenhagen). Die in diesem Zusammenhang zumeist genannte These vom „Rückzug ins Private“²⁷ ist in ihrer Pauschalität für die Ära Adenauer allerdings in Frage zu stellen; eine in ihren politischen Inhalten reduzierte, allerdings sehr umfangreiche Aktivität der Bürgerinnen und Bürger der jungen Bundesrepublik in Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften ist ebenfalls ein Kennzeichen dieser Jahre.

Auch das „Unpolitische“ als Wesensmerkmal dieser Aktivitäten ist zu relativieren – im Vergleich zu den späten sechziger und frühen siebziger Jahren waren die politischen Inhalte, um die es in den freiwilligen Zusammenschlüssen der Menschen ging, zwar begrenzt; immerhin aber fanden in den fünfziger Jahren große Demonstrationen für die Mitbestimmung in den Betrieben und Ende des Jahrzehnts in allen Großstädten der Republik Massenversammlungen gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr statt – mit übrigens breitem, bis in die politische Mitte hineinreichendem Teilnehmerspektrum. Vor allem aber: Die westdeutsche Gesellschaft lernte – wie nie zuvor – von der Welt. Ihre berufs- und freizeitbezogene Kommunikation mit den Nachbarländern und mit den USA wurde von selbst zu einem wichtigen Politikum: Die Distanz der westlichen Nachbarvölker – der Franzosen, Niederländer, Dänen – konnte zwar zunächst nicht wesentlich überwunden werden²⁸; aber die Deutschen versuchten sich redlich anzupassen. Insgesamt war die Bundesrepublik der Ära Adenauer – das können wir summieren – eine friedliche, geordnete Welt, in der jeweils das Wort des Vereinsvorsitzenden, des Bischofs, des Chefs im Betrieb galt, in der es vor allem „aufwärts ging, aber nicht vorwärts“ (Hans Magnus Enzensberger).

Das änderte sich mit 1968. Auf Erosionen der Glaubwürdigkeit der Regierenden (Adenauer,

26 Ebenso eindeutig auch in der entstehenden DDR, in der sowjetische Besatzungsmacht und SED zur neuen Obrigkeit wurden.

27 Vgl. Hans Karl Rupp, *Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz 1978.

28 Vgl. hierzu Andrei S. Markovits/Simon Reich, *Das deutsche Dilemma*, Berlin 1998, S. 129 ff., 157 ff.

Strauß, Lübke) folgte bald die Infragestellung aller normativen und regulativen Positionen der wirtschaftlich ja außerordentlich prosperierenden Gesellschaft, bis hin zur unüberlegten Diffamierung der „Sekundärtugenden“ Fleiß, Pünktlichkeit, Ordnungsliebe, und auch der Politik – mit Ausnahme des emphatischen Festhaltens an den Normen der Demokratie und auch bestimmter Menschenrechte (Menschenwürde, Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gewissens- und Meinungsfreiheit u. a.). Die vorhandene Gesellschaft wurde von rebellierenden Teilen der jungen Generation generell unter Faschismusverdacht gestellt. Und der erwies sich auch – wenn man ihn auf das insgeheim Überdauern im deutschen Nationalsozialismus erworbener Einstellungen und Verhaltensregeln bezieht – als in vielen Fällen berechtigt. Neben völkischen und antisemitischen Inhalten kamen andere Elemente dieses unter pauschalen Verdacht geratenen Verhaltenssyndroms früher bundesdeutscher Eliten aber eher aus dem deutschen Obrigkeitsstaat des Kaiserreichs, dessen Sozialisationsmuster wesentliche Teile der Eliten der Weimarer Republik geprägt hatten. Auch Konservative des 20. Juli und führende Offiziere der Bundeswehr gerieten auf diese Weise unter Faschismusverdacht. Unerbittlich wurde jene „erste Lebenslüge der Bundesrepublik“ aufs Korn genommen: „die Lebenslüge der Adenauer-Zeit: Wir alle sind Demokraten“²⁹.

Der hier entstehende und sich bald auf fast allen gesellschaftlichen Ebenen durchsetzende Diskurs führte in der Tat zur „Umgründung“ der Bundesrepublik³⁰. Mit teilweise geradezu zelosiger Eifer wurde der Obrigkeitsstaat aus den Institutionen vertrieben, und fast jeder Politiker hatte sich einer neuen Durchsicht seiner Biographie zu stellen. Initiativ waren hier freilich auch kommerzielle Medien wie „Der Spiegel“ oder politische Magazine öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten wie „Panorama“. Sie fütterten den Diskurs mit immer neuen Informationen.

29 J. Habermas, Hans Magnus Enzensberger zitiierend (Anm. 7).

30 Auch der zeitgenössische scharfe Kritiker der Studentenbewegung, Kurt Sontheimer, schreibt – gemeinsam mit Wilhelm Bleek –: „Insgesamt hat die Mitte der sechziger Jahre ausgebrochene Unruhe unter den Studenten, die sich dann auch auf Schulen und andere Kulturbereiche, z. B. Theater und Medien, übertrug, das politische Bewußtsein der Bundesrepublik nachhaltig beeinflusst und dauerhaft verändert.“ Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, völlig überarbeitete Neuausgabe, München – Zürich 1997, S. 54. Die beiden Autoren sprechen allerdings nicht von „Umgründung“, sondern von einer „Zeit des meist spannungsreichen und oft stürmischen Übergangs von der Kindheit zum Erwachsenenalter der westdeutschen Demokratie“, S. 56.

Das Ergebnis dieser Veränderungen war eindrucksvoll: Aus einer sich als verhinderte Nation verstehenden Bundesrepublik, im Innern „demoautoritär“ im Sinne von Karl Loewenstein, d. h. die Bürgerinnen und Bürger nur über personenbezogene Wahlen zur Mitwirkung zulassend, wurde eine sich demokratisierende Gesellschaft, die auch inhaltlich endlich ernst machen wollte mit einer völligen Abkehr von den inhaltlichen Restbeständen der Zeit des Nationalsozialismus. Hierzu paßte atmosphärisch durchaus das Selbstzitat des in der Nazizeit aus dem Deutschen Reich ausgebürgerten Willy Brandt nach seiner Wahl zum Bundeskanzler am 21. Oktober 1969: „Nun hat Hitler den Krieg endgültig verloren. . .“³¹

Gewiß bewegt sich Geschichte zumeist nicht in Sprüngen – so auch nicht nach 1968 die der Bundesrepublik. Zu viele Elemente an Kontinuität, an Beharren, an individuellem und kollektivem Rückfall in „bewährte“ Strukturen sind nach politisch-kulturellen Veränderungen einer Gesellschaft immer zu verzeichnen – es sei denn, die Rahmenbedingungen verändern sich und erzwingen neue Strukturen. So zeigte sich auch in der Bundesrepublik nach 1968 noch übertriebene Anpassung an Vorgesetzte, blieb in einigen Winkeln der Republik Antisemitismus noch immer resistent, wurde fast überall im Land die Forderung nach „Mehr Demokratie“ (Willy Brandt) bald vom Ruf nach „Mehr Effizienz, mehr Leistung“ abgelöst. Die international induzierten Veränderungen in den siebziger Jahren – erste und zweite Ölkrise, Währungskrise, erste Massenarbeitslosigkeit – ließen die Losung des Brandt-Nachfolgers Helmut Schmidt „Kontinuität und Konzentration“, verkündet in seiner ersten Regierungserklärung im Mai 1974, tatsächlich zum tonangebenden Begriff für die damit eingeleitete innenpolitische „Tendenzwende“ werden. Eine Rückkehr zur Adenauer-Zeit war allerdings nicht beabsichtigt. Das Projekt der Demokratisierung der Gesellschaft wurde nicht vollständig gestoppt – viele Politikwissenschaftler haben hier unrecht³². Ein wichtiges Beispiel für die Weiterführung des Konzepts gesellschaftlicher Demokratisierung bildet die Bundeswehr, deren bessere Einbindung in die Gesellschaft durch wissenschaftliche Qualifizierung ihrer Offiziere in den Universitäten der Bundeswehr im wesentlichen mit dem Namen Helmut Schmidt verbunden ist³³.

31 W. Brandt (Anm. 13), S. 271, allerdings in referierender Schreibweise.

32 In vielen Arbeiten grassiert die These, in der Ära Schmidt seien auf Bundesebene nur noch ökonomierelevante Reformen weitergelaufen.

33 Ich beziehe mich hier auf einen Vortrag meines Marburger Kollegen Ralf Zoll aus dem Jahre 1994.

Diese durch die Achtundsechziger nicht unterwanderte – wie es etwa Rainer Zitelmann sieht –, aber, und zwar eher unbeabsichtigt, umgegründete Bundesrepublik blieb in dieser Verfassung bis 1989. Auch die Politik bzw. die Politiker der Ära Kohl paßten sich den neuen Verhältnissen an. Es sind nicht so sehr biographische Aspekte, die auch für die jungen Leute um Helmut Kohl um 1968 wichtig waren, die hier relevant geworden sind³⁴, es ist vor allem der Einstieg in die Führungsebenen einer bereits veränderten Republik und die Fortsetzung bestimmter Politiken (Deutschlandpolitik, Europapolitik, Umweltpolitik, Sozialpolitik), die die neue Kontinuität ausmachen³⁵.

Doch es gibt darüber hinaus in der ersten Ära Kohl bedeutende Politiker, die die Themen der Achtundsechziger aufgriffen und eigene Antworten gaben: Zu nennen sind der 1984 gewählte Bundespräsident, der bisher der Führungsriege der CDU angehörende Richard von Weizsäcker; die Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit Rita Süßmuth, Nachfolgerin von Heiner Geißler im zweiten Kabinett Kohl, und – last but not least – Heiner Geißler, der neben seinem Ministeramt, das er von 1982 bis 1985 bekleidete, bis 1989 Generalsekretär der CDU war. Richard von Weizsäcker konterkarierte 1985 mit seiner Rede zum Tag der Kapitulation am 8. Mai ein erstes öffentliches Kontinuitätssignal des Kanzlers, der für den Staatsbesuch des amerikanischen Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 einen Termin zur gemeinsamen Ehrung von US-Soldaten und SS-Angehörigen auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg/Eifel anberaumt hatte und damit wohl einen voreiligen Friedensschluß mit der Vergangenheit signalisieren wollte. Weizsäcker formulierte in seiner Rede, der 8. Mai sei für „Deutsche kein Tag zum Feiern“, aber dennoch „ein Tag der Befreiung“³⁶. Süßmuth und Geißler besetzten jeweils auf ihre Weise die Themen Gleichstellung der Frauen, Menschenrechte und Asyl; auch Sozialminister Norbert Blüm erregte durch seine Kritik am Pinochet-Regime in Chile und an den Apartheid-Verhältnis-

sen in Südafrika Unmut bei dem noch immer vorhandenen „Stahlhelm“-Flügel in der Union³⁷ (um den erfolgreichen hessischen Oppositionspolitiker Alfred Dregger).

IV.

Welche Auswirkungen hatte nun politisch-kulturell die gewaltfreie deutsche Vereinigung 1989/90 auf die Bundesrepublik? Trifft es zu, daß die Positionen der Achtundsechziger noch weiter ausgebaut werden konnten? Zunächst muß hier zeit-historisch zweierlei eingeblendet werden.

Erstens: Einen Achtundsechziger-Aufbruch, der von einem breiten Spektrum der damals jungen Generation in Westdeutschland positiv konnotiert wurde, gab es in der DDR nicht. Zweitens: Der wilhelminische Obrigkeitsstaat wurde auf noch mehr gesellschaftlichen Feldern in der DDR tradiert als in der „alten“ Bundesrepublik vor und nach 1968. Die „bevormundete“ DDR-Gesellschaft, die von den Autoritäten Politbüros (ganz oben) bis zu den Ersten Sekretären der SED-Bezirksleitungen (ganz unten) beherrscht war³⁸ und die in Furcht lebte vor der allgegenwärtigen Stasi, deren Spitzel jederzeit jede Meinungsäußerung in einen Gefängnisaufenthalt verwandeln konnten, diese Gesellschaft war durchaus eine Gegen-Gesellschaft zur Bundesrepublik nach 1968. Hier konnte jeder stalinistische oder maoistische Zirkel seine Weltanschauung ungehindert verbreiten – nur Beamten-Funktionen sollten nicht mit offenen Gegnern des Grundgesetzes besetzt werden. Allerdings konnten auch unpolitische Bürgerinnen und Bürger in den Präventions- und Fahndungsapparat des Verfassungsschutzes geraten³⁹, sie verschwanden aber nicht für Jahre im Gefängnis wie in der DDR.

In der DDR-Gesellschaft gab es gleichwohl auch antiautoritäre „Szenen“ und einige – wenn auch weniger gewalttätige – Provokationen der Staatsführung. Angesichts der Nachrüstungsdebatte und der sie hervorbringenden Friedensbewegung in der Bundesrepublik sowie angesichts der sowjetischen Weiterrüstung und der fortgesetzten Militarisie-

34 Ob es eine gemeinsame Generationen-Erfahrung der Achtundsechziger gegeben hat, die für die Weltsicht dieser Generation prägend wurde, wäre ein spannendes Thema für sozialpsychologische und sozialhistorische Untersuchungen. Siehe bereits Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahresshefte für Soziologie, (1928/29).

35 Vgl. Klaus Dreher, Helmut Kohl. Leben mit Macht, Stuttgart 1998; Patricia Clough, Helmut Kohl. Ein Porträt der Macht, München 1998; Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, München 1997; Götztrik Wewer (Hrsg.), Bilanz der Ära Kohl, Opladen 1998, insbes. die Beiträge von Helmut Weidner, Martin Jänicke und Josef Schmid.

36 Zit. nach Hans Georg Lehmann, Deutschland-Chronik 1945 bis 1995, Bonn 1996, S. 311.

37 Benannt nach der paramilitärischen Organisation der Deutschnationalen in der Weimarer Republik.

38 Vgl. hierzu die rührende Autobiographie von Hans Modrow, Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, S. 152 ff.

39 Hier sei erinnert an den Roman von Heinrich Böll, Die verlorene Ehre der Katharina Blum (gleichnamiger Film von Volker Schlöndorff); zur Sozialisation der Kontrahenten bei jener „Terroristenjagd“ in den siebziger Jahren vgl. Dorothea Hauser, Baader und Herold. Beschreibung eines Kampfes, Berlin 1997.

rungsanstrengungen der DDR-Führung ließ etwa Pastor Friedrich Schorlemmer 1983 auf dem Marktplatz in Wittenberg – nebenan hatte Luther 1517 seine Thesen an eine Kirchentür geschlagen – von einem jungen Schmied ein Schwert zu einer Pflugschar umschmieden – nach dem Vorbild des von einem sowjetischen Künstler vor dem UNO-Hauptgebäude in New York errichteten Denkmals. Dieses Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ war bereits seit 1981 bei DDR-Jugendlichen zu einem vielverbreiteten „Abzeichen“ geworden; sein Vorzeigen wurde von der DDR-Obrigkeit mit polizeilicher „Zuführung“ und teilweise auch Inhaftierung sanktioniert. Auch in der DDR-Gesellschaft regte sich also – zumal seit den achtziger Jahren – immer wieder Widerständigkeit⁴⁰.

Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß noch zehn Jahre nach dem Ende des SED-Staates die Ostdeutschen einerseits weniger staatskritisch und andererseits gegenüber neuen politischen Impulsen distanzierter eingestellt sind als die Westdeutschen. Aus der Sicht Oscar W. Gabriels gibt es sogar zunehmende West-Ost-Gegensätze: „Dies betrifft zunächst den Wunsch nach einem starken Staat, der in Ostdeutschland erheblich populärer ist als im Westen.“ Dieser Wunsch habe in Ostdeutschland nach 1990 noch zugenommen. „Große, seit 1990 nur geringfügig geschrumpfte Unterschiede bestehen in der Präferenz für post-materialistische Wertorientierungen. Sie ist in Ostdeutschland wesentlich schwächer als im Westen. . .“⁴¹ Aus Ostdeutschland könnten also auf mehr Konservatismus und mehr „Normalität“ gerichtete Impulse kommen. Von den Vertretern der „Normalitäts“-Forderung wird allerdings eher die Unterstützung neu-alter sozialistischer Ideen befürchtet, falls diese wieder in die Diskussion kommen würden. „Die Vereinigung bedeutete schließlich auch, daß es auf einmal in unserem Staat Millionen von Menschen gibt, die über vier Jahrzehnte im Sinne der kommunistischen Ideologie indoktriniert worden waren“, so Zitelmann⁴².

Demgegenüber muß als erheblich gravierender ein anderes, vornehmlich in Ostdeutschland beheimatetes Problem angesehen werden: der gewalttätige Jugendlichen-Rechtsextremismus. Von den Gewalttaten in Rostock und Hoyerswerda bis zur Terrorisierung ganzer Wohnviertel in Cottbus – wie erst in diesem Frühjahr bekannt wurde⁴³ – zieht sich der Bogen rechtsextremer Jugendgewalt

in Ostdeutschland⁴⁴. Wie die Vorgeschichte dieses ausländerfeindlichen Terrors in der DDR aussieht, ist noch nicht geklärt. Die DDR-Behörden haben seinerzeit Gewalttaten von Jugendlichen unter „Rowdium“ abgehakt und sind möglichen neofaschistischen Motiven nicht nachgegangen. Seriöse Jugenduntersuchungen – so die des Deutschen Jugend-Instituts (DJI) – gelangen zunächst zu einem etwas beruhigenderen Bild. Nur 19,2 Prozent der 16- bis 29jährigen ostdeutschen Befragten des Jugendsurveys von 1997 gaben an, es wäre besser, „wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden“. Es handelt sich hier im übrigen um viermal so viele Männer wie Frauen. In Westdeutschland sind immerhin auch 7,3 Prozent der Jugendlichen dieser Meinung⁴⁵. Vor fünf Jahren war in Ostdeutschland die entsprechende Einstellung minimal höher, sie betrug 21,0 Prozent⁴⁶. Aufschlußreich ist des weiteren die Frage bei fremdenfeindlichen Jugendlichen, wo sie sich politisch verorten: 33,4 Prozent der betreffenden ostdeutschen Jugendlichen auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums, aber 49,7 Prozent in der politischen Mitte. Man könnte das Problem eines jugendlichen Rechtsextremismus mit dieser Antwort zu verkleinern suchen⁴⁷. Indessen ist die Problematik eher umgekehrt zu sehen: Die Hälfte aller fremdenfeindlichen Jugendlichen fühlt sich zur Mitte der Gesellschaft gehörig.

Können diese Tendenzen die Chancen einer „verfassungspatriotisch“ fundierten (Jürgen Habermas) oder gar, wie Karl Dietrich Bracher meint, einer „postnationalen Demokratie“ Bundesrepublik⁴⁸ gefährden? Viel hängt davon ab, ob es gelingt, den ost- wie westdeutschen Jugendlichen ökonomisch attraktive Perspektiven nicht nur rhetorisch anzubieten, sondern praktisch zu vermitteln. Nach Auffassung der erwähnten DJI-Autorinnen und Autoren kommt es darüber hinaus aber

44 Eine Studie des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) vom Januar 1999 äußert sich dazu folgendermaßen: „Der Rechtsextremismus zeigt in den neuen Ländern eine deutlich andere Erscheinungsform als in den westlichen Ländern: er ist jünger und in einem weit höheren Maß gewalttätig und militant.“ BfV, Entwicklungen im Rechtsextremismus in den neuen Ländern, Köln 1999, S. 29.

45 Vgl. Corinna Kleinert/Winfried Krüger/Helmut Willems, Einstellungen junger Deutscher gegenüber ausländischen Mitbürgern und ihre Bedeutung hinsichtlich politischer Orientierungen. Ausgewählte Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys 1997, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/98, S. 14 ff.

46 Vgl. ebd., S. 21.

47 So der Tenor der Interpretation der Autorinnen und Autoren des zitierten Artikels, ebd., S. 25.

48 Vgl. Karl Dietrich Bracher, Der deutsche Einheitsstaat: ein Imperativ der Geschichte?, in: Udo Wengst (Hrsg.), Historiker betrachten Deutschland. Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdebatte, Bonn – Berlin 1993, S. 39 ff.

40 Vgl. Erhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1998.

41 Oscar W. Gabriel/Everhard Holtmann (Hrsg.), Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München 1999, S. 468.

42 R. Zitelmann (Anm. 24), S. 157.

43 Vgl. Der Spiegel, Nr. 23/1999, S. 51 ff.

vor allem darauf an, die den Rechtsextremismus verstärkt hervorbringenden „gesellschaftlichen Konflikte und sozialen Verwerfungen“ zu erkennen und zu bearbeiten⁴⁹. Die politisch auch durch die Entwicklungen der Jahre ab 1990 eher erneut gefestigte Grundgesetz-Demokratie – nicht zuletzt durch den „normalen“ Machtwechsel auf Bundesebene 1998, durch die sich abzeichnende Integration der sich noch in der Endphase der DDR auf eine pluralistische, sozialstaatliche Demokratie wenigstens programmatisch umstellende SED in Gestalt der aus ihr hervorgehenden PDS⁵⁰ einerseits, durch das immer wieder erneute Scheitern rechtsextremer bis eindeutig neofaschistischer Parteien andererseits⁵¹ – steht hier vor großen Herausforderungen.

Meines Erachtens hat die politische Kultur der Bundesrepublik eine weitere Herausforderung bestanden. Die sich als Teil des westlichen Bündnisystems wie als Teil des entstehenden EU-Europa verstehende Bundesrepublik war nicht nur verpflichtet, in den Beratungen um eine Lösung des Kosovo-Problems konstruktiv mitzuarbeiten; sie konnte sich auch – trotz fragwürdiger Verhand-

lungsführung des Westens in Rambouillet⁵² – der Mitwirkung an der Umsetzung des Ergebnisses kaum entziehen. Dennoch wäre eine Weigerung der neuen Bundesregierung, Tornados mit Personal für die Bombardierung Jugoslawiens bereitzustellen, möglich und auch – angesichts der Verbrechen der NS-geführten Deutschen Wehrmacht in Serbien und anderen Teilen Jugoslawiens – gegenüber den NATO-Verbündeten vertretbar gewesen. Die gerade ins Amt gekommene Regierung mußte sich hier kurzfristig entscheiden.

Diese schwierige Situation – überdies vermehrt durch den Vorsitz in der EU-Ratspräsidentschaft – führte offensichtlich zu um so größeren Anstrengungen, die politischen Essentials der Rambouillet-Verhandlungen doch noch umzusetzen, sie über eine UNO-Beteiligung abzusichern, Rußland mit einzubeziehen und damit den Bombenkrieg gegen Jugoslawien möglichst rasch beenden zu helfen. Durch das Ins-Spiel-Bringen russischer und finnischer Politiker durch den Außenminister und seinen Kanzler konnte schließlich der Weg zum Waffenstillstand und zur Rückkehr Hunderttausender vertriebener Kosovo-Albaner früher als erwartet beschritten werden. Diese durch die bundesrepublikanische Öffentlichkeit geradezu eingeforderte Friedensinitiative war, wie wir heute wissen, schließlich erfolgreich. Besonders hervorzuheben ist nach dieser ersten Kriegsbeteiligung der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen, daß sie weder in der Anfangsphase noch danach im Handeln der Regierenden wie im öffentlichen Diskurs „Machtstaats“-Philosophien Raum gab, sondern sich als Verteidigerin von Menschenrechten verstand.

49 C. Kleinert/W. Krüger/H. Willems (Anm. 45), S. 27.

50 Weder durch Parteiprogrammatik noch durch Koalitionen mit der SPD – in Mecklenburg-Vorpommern und (de facto auch) in Sachsen-Anhalt – bzw. auch mit der CDU (in einzelnen Städten Ostdeutschlands) ist allerdings die Frage der Integration allein zu beantworten. Für die PDS wird sich auf Dauer als entscheidend erweisen, ob sie die Bundesrepublik durch ihre Arbeit wirklich annimmt. Ich bin allerdings davon überzeugt, daß sie dies sukzessive tun wird; die Attraktivität des politischen Systems der Bundesrepublik läßt ihr keine andere Wahl.

51 Zur DVU vgl. Jürgen Hoffmann/Norbert Lepszy, Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig (Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 163/1998), Sankt Augustin, Juli 1998.

52 Vgl. hierzu Ernst-Otto Czempiel, Seltsame Stille, in: Die Zeit vom 31. 3. 1999.

„Die DDR – das sozialistische Vaterland der Werktätigen!“

Anmerkungen zur Identitätspolitik
der SED und ihrem sozialisatorischen Erbe

I. 50 Jahre Bundesrepublik: Die „innere Einheit“ als unvollendete Aufgabe

Das Jahr 1999 eignet sich in hervorragender Weise zu Reflexionen darüber, wie es mit dem Ergebnis historischer Sinnbildungsarbeit in Deutschland, mit dem erreichten Selbstverständnis – also mit der vielbesprochenen und beschworenen „Identität der Deutschen“ – bestellt ist. 1999 jährt sich nicht nur die Gründung der Bundesrepublik Deutschland zum fünfzigsten Mal. Es ist auch das fünfzigste Jahr nach der Gründung des anderen deutschen Nachkriegsstaates, der Deutschen Demokratischen Republik. Zugleich ist 1999 aber auch das Jahr Zehn der finalen Krise der DDR. Mit der offenen, aber friedlichen Auflehnung von Bürgern gegen die Politik der seinerzeit tonangebenden Eliten in Massendemonstrationen auf den Straßen des Landes im „heißen Herbst 1989“ begann die erste friedlich verlaufende, demokratische Revolution in der deutschen Geschichte. In deren Gefolge wurde der 1949 konstituierte ostdeutsche Teilstaat durch das Votum einer Mehrheit seiner Bürger im Jahre 1990 abgewählt. Er verschwand im Orkus der Geschichte, die Ära der deutschen Zweistaatlichkeit endete.

Während zum Zeitpunkt der Auflösung der DDR als Staat und des Beitritts zur Bundesrepublik im Jahre 1990 ostdeutsche Intellektuelle zumindest noch meinten, die DDR werde eine „Fußnote der Geschichte“ sein (Stefan Heym), war die Annahme der Mehrheit der westdeutschen Eliten wohl eher die eines nun endlich ausgestandenen jahrzehntelangen Ärgernisses. Es schien, als werde man es für einen kurzen Zeitraum nur noch mit der als desaströs eingeschätzten wirtschaftlichen Hinterlassenschaft der DDR zu tun haben. Daraus, so war von den seinerzeit regierenden westdeutschen politischen Eliten zu vernehmen, werde die so erfolgreiche und potente Wirtschaftsmacht Bundesrepublik aber in Kürze „blühende Landschaften“ zaubern. An das politische Versprechen

rascher materieller Befriedung Ostdeutschlands knüpfte sich auch die Vision, die endlich wieder in einem Staate vereinten Deutschen würden fortan das tun können, was sie ja seit vierzig Jahren mehrheitlich immer erstrebt hätten: ohne gravierende Probleme zusammenleben. Der öffentlich geäußerte Herzenswunsch des Altbundeskanzlers und Begründers der „Neuen Ostpolitik“ Willy Brandt, daß nun (endlich!) zusammenwachsen, was zusammengehöre, schien in greifbare Nähe gerückt.

Die Euphorie des Anfangs war aber recht bald verflogen. Das lag nicht nur daran, daß die wirtschaftliche und damit auch die soziale Befriedung der „Fünf Neuen Bundesländer“ nicht gelang und daß der Transformationsprozeß statt dessen ökonomische und soziale Verwerfungen von so nicht erwartetem Ausmaße brachte, die den sozialen Frieden der erweiterten Bundesrepublik bis heute stören. Auch die innerdeutschen, zwischenmenschlichen Beziehungen wurden bald frostig, obwohl sich Ost- und Westdeutsche zum Zeitpunkt der Grenzöffnung im November 1989 glücklich in den Armen gelegen hatten. Die Ostdeutschen fühlten sich rasch und bis auf den heutigen Tag zunehmend auf Grund von administrativer Bevormundung durch westdeutsche Eliten und wirtschaftliche Benachteiligung oder gar infolge der Ausgrenzung durch Massenarbeitslosigkeit im Verhältnis zu den Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse¹.

Aber nicht nur allgemeine Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Transformation und der Integration herrscht heute bei den Ostdeutschen. Es geht auch ein neues Gespenst um in ostdeutschen Landen: „Ostalgie“. Der Zeitgeist faßt unter diesen Begriff einen vermeintlich rein nostalgischen, unkritisch-unreflektierten Bezug von Ostdeutschen auf ihre Vergangenheit. Die DDR werde von vielen Ostdeutschen nachträglich zur sozialstaatlichen Idylle verklärt, zur kuscheligen Heimat, in der es sich materiell gesichert durch das Recht auf Arbeit, in Familie und Betriebskollektiv

1 Die Umfragen von Meinungsforschern, die dieses Ergebnis zeitigen, sind inzwischen Legion.

warm und solidarisch leben ließ. Gerade im Jubiläumsjahr, so wird moniert, gäbe es statt kritischer Reflexion die Auferstehung einer „virtuellen DDR“. „Wer fünfzig Jahre DDR feiert, belügt sich selbst. Er feiert eine andere DDR als jene, die es vierzig Jahre lang gab“, wird gewarnt².

Tatsächlich gibt es eine Rückbesinnung auf gelebtes Leben in der DDR: Ostprodukte im alten, nur vorsichtig modernisierten DDR-Design erobern mit selbstbewußtem Marketing nicht nur die Herzen ihrer einstigen, durch permanentes Unterangebot gestreßten Zwangskunden im Osten, sondern inzwischen auch den bundesdeutschen Markt. Es werden „Ostalgie“-Partys mit den Attrappen der alten politischen Symbole gefeiert, und auch die Werbung entdeckte längst rote Fahnen, Marx- und Leninkonterfeis sowie einschlägige politische Losungen des DDR-Alltags als Werbeträger³. Vor allem aber zeigt der Markt der erinnerungskulturellen Angebote im Jahre 1999 das besonders eindrucksvoll. Zahlreich sind die Bücher und Bildbände, wissenschaftlichen Veranstaltungen und Ausstellungen, die aus gegebenem Anlaß an das vor fünfzig Jahren gegründete, geliebte wie gehaßte Staatsgebilde DDR erinnern.

Aber auch die inzwischen kaum noch zu überblickenden Umfrageergebnisse der Meinungsforschung und empirische Studien der Sozialwissenschaften dokumentieren seit Jahren, daß die ehemaligen Bürger dieses realsozialistischen Gesellschaftsversuches sich durchaus erinnern wollen und das auch praktizieren. Allerdings geschieht das bei den weitaus meisten Ostdeutschen nicht – wie manchmal unterstellt wird – mit nostalgisch-verklärendem Blick, sondern vielmehr als reflektierter Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Die als „Ostalgie“ bezeichneten Phänomene können auch als eine „Selbstermächtigung“, als eine psychisch entlastende, selbsttherapeutische „Laienpraxis“ gedeutet werden⁴.

Die wenigsten der ehemaligen Bürger der DDR, so ist den vielen Umfragen ebenfalls zu entnehmen,

2 Frank Pergande, Virtuelle DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. 5. 1999, S. 1.

3 Siehe zu diesen Phänomenen Thomas Ahbe, Zwiespältige Bilanz. Über Ostalgie und ihre Gründe, in: Universitas. Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, Nr. 1634/April 1999, S. 339–351; ders., Ostalgie als Laienpraxis. Einordnung, Bedingungen, Funktionen, in: Berliner Debatte Initial, (1999) 3, S. 87–97; ders., 50 Jahre DDR – Konjunkturen und Krisen der Identifizierung mit der DDR, in: Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby/Doris Müller (Hrsg.), Wiedergeburt. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999, S. 266–284; Monika Gibas, „Hammer und Zirkel im Ährenkranz“. Anmerkungen zur politischen Symbol- und Repräsentationskultur der DDR, in: Deutschland Archiv, (1999) 4, S. 552–563.

4 Vgl. Th. Ahbe, Ostalgie als Laienpraxis (Anm. 3).

wollen allerdings die alte DDR zurückhaben. Politische Bevormundung und Repressionen gegen Andersdenkende, permanente ideologische Gängelerei und die Auswirkungen ökonomischer Ineffizienz der zentral gelenkten Planwirtschaft auf das Lebensgefühl und den Lebensstandard der Menschen werden nach wie vor deutlich als Negativposten der DDR vermerkt. Was positiv erinnert und nun auch in der neuen Gesellschaft im Lichte der Massenarbeitslosigkeit angemahnt wird, sind der hohe Standard sozialer Absicherung durch die verfassungsrechtliche Garantie auf einen Arbeitsplatz und deren politische Umsetzung, ist das damals erreichte, durchaus beachtliche Niveau der Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft, und es sind nicht zuletzt auch die egalitären Züge der DDR-Gesellschaft.

Nicht selten werden solche Auffassungen als gefährlicher Gesinnungsmüll aus DDR-Zeiten denunziert. Statt den Befreiern für die Hilfe aus der Not zu danken, trauerten die Ostdeutschen der DDR und ihren gewohnten und nun verlorenen Errungenschaften nach. Sie frönten dem „Neid“, diesem „Urelement kommunistischer Philosophie“, das sie im Staatsbürgerkundeunterricht gelernt hätten, beklagte ein Politiker erst kürzlich wieder⁵. „Wir wollen keine Ostidentität, wir wollen Thüringen-Mentalität“⁶ und: „Wir sind keine Ostdeutschen, wir sind Sachsen“⁷ ist daher auch prompt aus Politikerkreisen der Ostbundesländer zu vernehmen. Die ostdeutschen, DDR-erfahrenen Bundesbürger sehen sich also erneut mit einer Zumutung konfrontiert, die ihnen hinlänglich bekannt sein dürfte und deretwegen sie ja 1989 unter anderem den selbstbestimmten Auszug aus dem von seinen politischen Eliten so gelobten Land DDR unternommen hatten: Sie sollen sich schon wieder einmal wandeln, zum „Neuen Menschen“ werden, wie anno 1949–1989.

Viele weisen das als Zumutung zurück und beharren auf ihren eigenen, durch ihr Leben in wenigstens zwei, manchmal sogar drei oder vier deutschen gesellschaftlichen Systemen erfahrungsgesättigten Urteilen. Sie mischen sich – gestützt auf ihr „bewohntes Gedächtnis“⁸ – ein und stellen

5 Arnold Vaatz, Mißverständnisse wie im Märchen. Im Osten war Neid eine Tugend und keine Schwäche – und im Westen könnte es genauso werden, in: Süddeutsche Zeitung vom 24./25. 7. 1999, S. 10.

6 Zitiert nach: Thomas Koch, Von der „dualistischen Gesellschaft“ zur „solidarischen Bürgergesellschaft“? Entwicklungspfade und Leitbilder für Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv, (1997) 1, S. 95–113.

7 Ebd.

8 Aleida Assmann, Funktionsgedächtnis und Speichergedächtnis – zwei Modi der Erinnerung, in: Kristin Platt/Mihran Dabag (Hrsg.), Generation und Gedächtnis. Erinnerung und kollektive Identität, Opladen 1995, S. 182.

den neuen Deutungsversuchen ihre eigenen gegenüber. Die politischen Eliten sind gut beraten, solche Haltungen ernst zu nehmen und sie nicht einfach als „falsche“ oder „nostalgisch-verklärende“ Erinnerung vom Tisch zu wischen. Sie basieren ja tatsächlich auf einer langjährigen Sozialisation durch ein spezifisches Wertesystem und eine eigene politische, ökonomische und soziale Praxis, die genauer zu evaluieren durchaus lohnt, wenn Ostdeutsche und Westdeutsche wirklich auf der Basis historisch-kritischer Bilanzierung der DDR-Vergangenheit ins Gespräch kommen sollen.

II. Das strategische Konzept der SED von einer „Neuen Gesellschaft“ mit „Neuem Menschen“

Im Osten Deutschlands waren die tonangebenden einheimischen neuen Eliten – die deutschen Kommunisten, linke Sozialdemokraten, aber auch andere linke und linksliberale Intellektuelle – nach der Niederschlagung der nationalsozialistischen Diktatur im Jahre 1945 nicht angetreten, um nur die ideologischen Hinterlassenschaften, die völkisch-rassistische, antidemokratische und militaristische Grundkonstitution der deutschen Gesellschaft zu überwinden. Während in den westlichen Besatzungszonen und ab 1949 in der Bundesrepublik unterschiedliche Gruppen engagierter Intellektueller und Politiker die kulturellen und ideellen Grundlagen der westdeutschen Teilgesellschaft in Richtung demokratisch-liberaler Inhalte zu korrigieren bemüht waren und man zu politischen Verhältnissen einer parlamentarisch verfaßten Demokratie mit kapitalistischer Wirtschaftsstruktur zurückkehrte, ging es den politischen Eliten im Osten des geteilten Landes vielmehr um einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel. Als Voraussetzung für eine humanistische, vor allem aber sozial auf die Befriedung der Bedürfnisse der unteren Schichten der Gesellschaft orientierte Verfaßtheit der neuen Nachkriegsgesellschaft sollten die ökonomischen und machtpolitischen Grundlagen neu bestimmt werden. Für die deutschen Kommunisten, die sich im Osten Deutschlands rasch entscheidenden politischen Einfluß sichern konnten, stand von Anfang an fest, daß nun – über kurze Zwischenschritte einer „antifaschistisch-demokratischen Phase“ und gestützt auf den militärischen und politischen Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht – das Projekt „Sozialismus“ auf der Tagesordnung stand. Mit der Bodenreform und den Enteignungen großindustrieller Wirtschaftsunternehmen sowie ihrer

Umwandlung in Staatsbetriebe wurden schon vor der Gründung der DDR die Weichen in diese Richtung gestellt.

1. Die marxistisch-leninistische Ideologie als Sinnstiftungsangebot

Die Umsetzung dieses Gesellschaftskonzeptes, das 1952 von der SED als nun unmittelbar zu realisierendes politisches Programm offiziell verkündet wurde, war von Beginn an verkoppelt mit einer identitätspolitischen Strategie, welche auf die Konstituierung eines neuen Massenbewußtseins, ja einer neuen nationalen Identität zielte. Die Moskauer Exilleitung der KPD begann schon lange vor Kriegsende, sich im Rahmen ihrer Strategiediskussionen über ein Deutschland nach Hitler intensiv über die tieferen Ursachen der deutschen Katastrophe zu verständigen. Dem deutschen Volk, das nach kommunistischer Interpretation vornehmlich mit Hilfe der nazistischen Geschichtslegenden irregeleitet worden sei, sollte eine neue Zukunftsperspektive vermittelt werden, die sich auf historische und geschichtsphilosophische Argumentationen stützte.

Ergebnis der Überlegungen war – neben einer aktiven Geschichtspropaganda an den sowjetisch-deutschen Fronten durch das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und der Schulungsarbeit unter deutschen Kriegsgefangenen in den sowjetischen Gefangenenlagern⁹ – unter anderem die Bildung einer Arbeitskommission, die im Zeitraum von Februar 1944 bis Juli 1945 „Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte“ zum Zweck der Erziehung der jungen Generation des künftigen deutschen Staates diskutierte¹⁰. Das schließlich erarbeitete Konzeptionspapier nahm die deutsche Geschichte von der „germanischen Vorgeschichte“ bis zum „Kampf um ein neues Deutschland 1933–1945“ in den Blick und suchte so eine neue Sinnkonstruktion historisch zu fundieren. Die Verfasser hielten als ihre Zielsetzung fest, durch eine Darstellung der gesamten deutschen Geschichte ein neues Nationalbewußtsein zu entwickeln, „das begründet ist in dem Stolz auf die großen Leistungen des deutschen Volkes, die dem Fortschritt der Menschheit dienten, aber frei ist von nationalistischer Engstirnigkeit und rassistischer Überheblichkeit“¹¹. Sie skizzierten schon im

9 Vgl. Gerald Diesener, Die Propagandaarbeit der Bewegung „Freies Deutschland“ in der Sowjetunion 1943–1945, Diss. B, Leipzig 1987.

10 Vgl. Werner Berthold, Marxistisches Geschichtsbild – Volksfront und antifaschistisch-demokratische Revolution. Zur Vorgeschichte der Geschichtswissenschaft der DDR und zur Konzeption der Geschichte des deutschen Volkes, Berlin 1970, S. 134–155.

11 Ebd., S. 145.

Moskauer Exil ein entsprechendes Umerziehungsprogramm, welches nach Kriegsende zielstrebig mit Hilfe sowjetischer Kulturoffiziere und linker Intellektueller in Angriff genommen wurde.

Der Stellenwert von Ideologie im Sinne von Theorie der politischen Praxis war in der DDR hoch veranschlagt, da die SED den von ihr initiierten und dominierten Versuch der Realisierung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft als Umsetzung einer aus wissenschaftlicher Natur- und Gesellschaftserkenntnis entwickelten revolutionären Gesellschaftstheorie – des Marxismus-Leninismus, der „wissenschaftlichen Ideologie der Arbeiterklasse“ – verstand. Theorierezeption und -entwicklung, ihre Übersetzung in politische Strategie und Taktik, vor allem aber deren Vermittlung an möglichst breite Massen, die wiederum durch theoretische Einsicht in gesellschaftliche Entwicklungsprozesse für die Politik der Partei mobilisiert werden sollten, waren nicht nur machtstrategische propagandistische Postulate in den Lehrbüchern des Marxismus-Leninismus zur ideologischen Verblendung der Bürger. Vielmehr muß dieser Anspruch der SED als ernsthafter, wenn auch letztlich gescheiterter historischer Versuch gelten, Gesellschaftsentwicklung vorwiegend normativ, d. h. einem vorgedachten, durch die gesellschaftliche Praxis nur wenig modifizierbaren theoretischen Konzept folgend, zu fundieren¹².

Die SED vertraute nicht auf die allmähliche und langfristige bewußtseinsdeterminierende Potenz der neuen ökonomischen und politischen Verhältnisse, die sie dekretierte und realisierte. Sie gab sich auch nicht mit bloßer Loyalität der Bürger zufrieden¹³. Vielmehr strebte sie von Beginn an nach Interessenkonformität zwischen Führung und Volk und setzte daher auf die permanente Propagierung ihres Sinnstiftungsangebotes, auf „Erziehung zum sozialistischen Bewußtsein“ durch Vermittlung der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus als einzig akzeptable ideelle Basis der neuen Gesellschaft. Da die politischen Eliten der DDR und auch viele parteilose linke Intellektuelle den Marxismus-Leninismus für die fortschrittlichste und nach ihrer Auffassung auch einzig wissenschaftliche Ideologie hielten, galt ihnen die angestrebte weltanschauliche Uniformierung der neuen

Gesellschaft nicht als Überwältigung der Mehrheit der Bürger durch eine Minderheitsideologie. Sie war in ihrem Selbstverständnis vielmehr ein Programm der Volksaufklärung und Volksbildung, das dem bis vor kurzem noch mehrheitlich der nationalsozialistischen Ideologie verfallenen Volk der Deutschen notfalls auch verordnet werden müsse. Ohne Vereinheitlichung der ideologischen Basis auf der Grundlage des vielbeschworenen „sozialistischen Bewußtseins“ schien den politischen Eliten der DDR ihr Gesellschaftsprojekt nicht realisierbar. Der Anspruch, die als wissenschaftliche Weltanschauung und Fundament zur Gestaltung gesellschaftlicher Praxis apostrophierte „sozialistische Ideologie“ allen Bürgern der DDR zu vermitteln und sie zu aktiven Vertretern dieser Weltansicht zu bekehren, galt der SED daher bis zuletzt als wichtigste Voraussetzung für die Realisierung ihres Gesellschaftsexperimentes, welches – vor allem in den fünfziger Jahren – auch mit Druck und mittels Repression gegenüber ideologisch Widerständigen durchzusetzen versucht wurde.

Wesentliche Inhalte der „sozialistischen Ideologie“ waren:

1. die Theorie von der – ökonomisch determinierten – Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Entwicklung in aufsteigender Stufenfolge, als deren letzte und fortschrittlichste Stadien Sozialismus und schließlich der Kommunismus als klassenlose Gesellschaft galten (Formationstheorie);
2. das Theorem von Klassenkampf und Revolution als Triebkräften dieser formationellen Entwicklung;
3. das Theorem von der Arbeiterklasse als der fortschrittlichsten Klasse, deren Aufgabe respektive „historische Mission“ die Vorantreibung dieser gesellschaftlichen Entwicklung im globalen Maßstab sei;
4. die Avantgardetheorie, nach der die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer „historischen Mission“ der aufklärenden, organisierenden und führenden Kraft einer straff organisierten, disziplinierten Klassenkampfpartei bedürfe.

Diese Grundtopoi galten als feststehendes und nicht hinterfragbares Fundament der „sozialistischen Ideologie“, das über die Kultur- und Bildungspolitik allen Bürgern zu vermitteln war.

Dieses ideologische Grundgerüst war in den Jahren des Neuanfangs nach dem verlorenen Krieg ein durchaus attraktives Sinnstiftungsangebot, das die Gestaltungsvorschläge der SED für ein Nachkriegsdeutschland historisch wie perspektivisch zu legitimieren vermochte. Denn das vom Marxismus des neunzehnten Jahrhunderts inspirierte Welt-

12 Vgl. u. a. Johannes L. Kuppe, Zur Funktion des Marxismus-Leninismus, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. III/2, S. 137 ff., Baden-Baden 1995; Monika Gibas, Ideologie und Propaganda, in: Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, hrsg. von Andreas Herbst/Gerd Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler, Berlin 1997, S. 241–262.

13 Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt am Main 1992.

bild¹⁴ verdichtete Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu einer großen Erzählung über den „gesetzmäßigen Gang“ der Weltgeschichte mit dem Endziel Kommunismus, der von der politischen Propaganda wie auch in Kunst und Literatur bis hinein in die sechziger Jahre noch in visionären Bildern als egalitäre, solidarische Gesellschaft ohne materielle Not beschrieben wurde. Als historisches Subjekt dieses weltgeschichtlichen revolutionären Umwälzungsprozesses wurden die werktätigen Massen bezeichnet, an deren Bedürfnissen das neue Gesellschaftsprojekt orientiert sei.

Gerade in historischen Umbruchsituationen mit hoher Identitätsdiffusion individueller wie kollektiver Subjekte, wie es 1945 in Deutschland nach der selbstverschuldeten nationalen Katastrophe der Fall war, sind politische Akteure, deren Angebot an neuen kollektiven Wahrheiten die Identitätsdiffusion der Gesellschaftsmitglieder aufzulösen verspricht, in einer aussichtsreichen Position im Konkurrenzkampf um die politische Definitions- und Gestaltungsmacht. In der Umbruchsituation 1945 waren das im Osten des geteilten Landes letztlich die deutschen Kommunisten. Sie begannen auch umgehend, die erarbeiteten historisch-politischen Konzepte in gezielte Geschichtspolitik umzusetzen, die den Kern ihrer Identitätspolitik zur „Erneuerung der Kultur“ bildete.

2. Die Institutionalisierung des Ideologietransfers

Die strategische Zielstellung der SED-Führung, die Bewußtseinsbestände möglichst der gesamten ostdeutschen Bevölkerung auf der Basis des Marxismus-Leninismus in historisch kurzen Fristen zu vereinheitlichen, verlangte geradezu die Institutionalisierung des Ideologietransfers. Zu diesem Zweck schuf sich die SED eine spezifische Organisationsstruktur, deren Grundmuster bis Anfang der fünfziger Jahre im wesentlichen ausgeformt war¹⁵.

Dabei war das Jahr 1951 ein Schlüsseljahr im Prozeß der Verankerung der marxistisch-leninistischen Ideologie in der DDR-Gesellschaft. Die Partei verkündete jetzt offiziell ihren ideologischen Führungsanspruch und stellte die Weichen für seine Realisierung. Die 4. Tagung des ZK im Januar 1951 verabschiedete mit dieser Intention drei Entschlüsse: „Die nächsten Aufgaben der allgemeinbildenden Schule“, „Zur Verbesserung der Berufsausbildung“ und „Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschu-

len“¹⁶. Es war die unverschlüsselte Forderung, in all diesen Bereichen die Anerkennung des Marxismus-Leninismus als verbindliches ideologisch-theoretisches Konzept von Bildung und Erziehung zu befördern und – entschiedener als bislang geschehen – in die Bildungspraxis umzusetzen. Die 5. Tagung des ZK der SED vom 17. März 1951 weitete dieses Anliegen einer strikten ideologischen Ausrichtung der Gesellschaft am Marxismus-Leninismus mit der berückichtigten Entschliebung „Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur“ sogar auf das Gebiet der Kunst und Literatur aus¹⁷.

Alle Parteimitglieder, die in Führungsfunktionen der zuständigen Ministerien tätig waren, wurden verpflichtet, die Umsetzung dieser Beschlüsse durch Initiierung entsprechender staatlicher Maßnahmen zu sichern. Die Ideologie des Marxismus-Leninismus war nun nicht mehr nur ein weltanschauliches Angebot unter anderen, nur eine Botschaft der Agitprop-Funktionäre der Partei. Mit den Beschlüssen vom Jahre 1951 erklärte die SED offiziell ihren ideologischen Führungsanspruch und baute den Marxismus-Leninismus als Sozialisationsinstanz in die Gesellschaft ein. Die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz im Jahre 1952, die den Beginn der sozialistischen Umgestaltung der DDR-Gesellschaft verkündeten, waren lediglich eine Bekräftigung dieser schon ein Jahr zuvor versuchten Ausrichtung wichtiger gesellschaftlicher Teilsysteme auf den Marxismus-Leninismus. Diese ideologische Uniformierung der DDR-Gesellschaft wurde in den folgenden Jahren mit allen Mitteln offensiver weltanschaulicher Propaganda einschließlich repressiver Übergriffe auf Nichtkonforme umgesetzt. Stalins Theorem, der ideologische Klassenkampf würde sich gesetzmäßig verschärfen, mit dem er seinen Ausrottungsfeldzug gegen politisch Mißliebige theoretisch zu rechtfertigen versucht hatte, fand auch in der DDR der frühen fünfziger Jahre sein Praxisfeld, wenn auch nicht mit annähernd vergleichbaren blutigen Resultaten. Die Plausibilität solcher Auffassung wurde befördert von der aufgeheizten Atmosphäre der damaligen Systemauseinandersetzung.

Im Jahr 1958 hatte der Versuch des gezielten Ideologietransfers einen weiteren Höhepunkt. Die SED-Führung sah nun in Wirtschaft und Staat wesentliche Grundlagen der gesellschaftlichen Umgestaltung in Richtung Sozialismus realisiert und konzentrierte sich verstärkt auf die Ausformung eines zur neuen ökonomischen Basis „passenden“ ideologischen Überbaus. Der V. Parteitag

14 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, München 1995, S. 799.

15 Vgl. M. Gibas (Anm. 12), sowie Wolfgang Leonhard, *Die Etablierung des Marxismus-Leninismus in der SBZ/DDR (1945–1955)*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/94, S. 3 ff.

16 *Dokumente der SED*, Bd. 3, S. 332 ff.

17 Vgl. ebd., S. 443.

der SED im Juli 1958 behandelte die „sozialistische Umwälzung der Ideologie und der Kultur“ als zentrales Problem. Die Parteiführung sah erste Erfolge bei der Verbreitung der sozialistischen Weltanschauung unter den Bürgern der DDR. Euphorisch wurde behauptet, es hätten sich „neue gesellschaftliche Beziehungen der Menschen und eine neue Moral“ entwickelt, die die „eigentliche sittliche Epoche der Menschheit“ einleiteten¹⁸. Die Führung skizzierte erstmals in einem zentralen Dokument detaillierter, was sie letztlich als Resultat „sozialistischer Erziehung“ erwartete: Der antizipierte „neue Mensch der sozialistischen Epoche“, den es nun en masse zu erzeugen galt, müsse eine „allseitig entwickelte Persönlichkeit“ von „hoher theoretischer und musischer Allgemeinbildung“ sein, die „kämpferische Aktivität“ zeigt und fähig ist zu kollektivem und solidarischem Handeln¹⁹. Walter Ulbricht verkündete zehn „Grundsätze der sozialistischen Ethik und Moral“, deren Verinnerlichung durch jeden Bürger das „moralische Antlitz des neuen, sozialistischen Menschen“ formen helfe²⁰. Die sozialistische Umwälzung in Ideologie und Kultur bedeute Herausbildung einer „zutiefst wissenschaftlichen Weltanschauung und einer hohen sittlichen Lebensauffassung“, Überwindung des Aberglaubens sowie „der kapitalistischen Unmoral und Unkultur“²¹, erklärte er.

Mit der 1. Bitterfelder-Konferenz und der 3. Pressekonzferenz 1959 orientierte die SED Kultureinrichtungen und Massenmedien darauf, die sozialistische Bewußtseinsbildung der DDR-Bevölkerung als ihre wichtigste strategische Aufgabe zu begreifen.

Im Februar 1965 wurde ein „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ erlassen, welches als zentrales Bildungsziel für die junge Generation der DDR-Bürger verbindlich fest schrieb: „Den Schülern, Lehrlingen und Studenten sind gründliche Kenntnisse des Marxismus-Leninismus zu vermitteln. Sie sollen die Entwicklungsgesetze der Natur, der Gesellschaft und des menschlichen Denkens erkennen und anzuwenden verstehen und feste sozialistische Überzeugungen gewinnen. So werden sie befähigt, den Sinn des Lebens in unserer Zeit zu begreifen, sozialistisch

18 Über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Beschluß des V. Parteitages der SED vom 15. Juli 1958, S. 292.

19 Ebd., S. 295.

20 Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1958, S. 160.

21 Ebd., S. 164.

zu denken, zu fühlen und zu handeln...“²² Eine Verordnung vom Februar 1966 bestimmte die „Inhaltlichen Schwerpunkte der politisch-ideologischen Erziehung der Schuljugend“ genauer: Wissen um die historische Mission der Arbeiterklasse, um die Führungsrolle der Partei, die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung müsse vermittelt werden. Der Jugend sei „bewußt zu machen, daß sie die revolutionäre Wissenschaft des Marxismus-Leninismus als höchstes geistiges Erbe“ übernehme²³. Damit war der Marxismus-Leninismus per Gesetzesakt zur normativen Sozialisationsinstanz für künftige Staatsbürgergenerationen der DDR erklärt.

Zwei Jahre später, 1968, wurde mit großem propagandistischem Aufwand nach einer Monate währenden Volksaussprache die neue sozialistische Verfassung der DDR verabschiedet. Sie erklärte die von der SED beanspruchte gesellschaftspolitische Führungsposition zum Verfassungsgrundsatz und garantierte „jedem Bürger eine kontinuierliche sozialistische Erziehung, Bildung und Weiterbildung“ (Artikel 25, Abs. 1), ferner die staatliche und gesellschaftliche Förderung aller Bedingungen, die zur „vollständigen Ausprägung der sozialistischen Persönlichkeit“ aller Bürger beitragen (Artikel 25, Abs. 3)²⁴. Die Ausrichtung der DDR-Gesellschaft am Marxismus-Leninismus war mit diesen Formulierungen de facto zum Verfassungsauftrag erklärt. Die SED verfügte nun über ein rechtsfähiges Instrumentarium, das sie in die Lage versetzte, die Akzeptanz ihrer ideologischen Hegemonie einzufordern.

Daß ein solcher Schritt, wie die verfassungsrechtliche Festschreibung der Ausrichtung der DDR-Gesellschaft an der ideologischen Zielkultur des Marxismus-Leninismus, ohne Widerstand größerer gesellschaftlicher Gruppen überhaupt möglich geworden war, hatte vor allem auch sozialstrukturelle Gründe. Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre rückte die Nachkriegsgeneration in gesellschaftliche Führungspositionen ein, auf die die Sozialisationsinstanz „marxistisch-leninistische Ideologie“ schon hatte einwirken können. Die Forderung der SED, den Marxismus-Leninismus als allein gültige, wissenschaftliche Basistheorie für die weitere Gesellschaftsgestaltung zu betrachten, war von Teilen dieser neuen kulturellen und Funktionselite im Staatsapparat, im Wissenschafts-

22 Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 6 vom 25. Februar 1965, S. 87.

23 Aufgabenstellung zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend vom 2. Februar 1966, in: Verfügungen und Mitteilungen, Nr. 10/1966, S. 121.

24 Vgl. Verfassungen deutscher Länder und Staaten. Von 1816 bis zur Gegenwart, Berlin 1989, S. 504.

und Bildungssektor nicht nur formal akzeptiert. Viele hatten sie verinnerlicht, waren von der Potenz dieses Theoriegebäudes als Instrument innovativer Gesellschaftspolitik überzeugt. Damit war die Implantation einer neuen ideologischen Sinnkonstruktion in die DDR-Gesellschaft nicht nur administrativ über Gesetze, sondern – was wohl noch wichtiger war – auch über eine nennenswerte Anzahl von Ideologieträgern gesichert.

III. Die Übersetzung der marxistisch-leninistischen Lehre in nationale Symbole und Rituale

Wenn für die Bundesrepublik Deutschland noch Jahre nach ihrer Entstehung ein Identitätskonflikt konstatiert werden mußte, den die herrschenden Eliten im Grunde bis zum Ende der Zweistaatlichkeit im Jahre 1989 und eigentlich bis auf den heutigen Tag nicht konsensual aufzulösen vermochten²⁵, so trifft ein solcher Befund auf die DDR nicht zu. Hier fanden die neuen staatstragenden Eliten in einem geradezu bemerkenswert kurzen Zeitraum und – im Vergleich zu den zähen Debatten und Kontroversen um die nationalen Symbole und Rituale im westlichen deutschen Teilstaat – in erstaunlicher Einigkeit zu einem Konsens über die offizielle Identitätssymbolik des am 7. Oktober 1949 begründeten neuen kollektiven Subjekts DDR.

1. Die Hoheitssymbole der DDR und ihre Texte

Die Frage des Designs der Staatsflagge war schon am Gründungstag geklärt. Sie wurde in der alten Form der Flagge der revolutionären Kämpfer von 1848 und der Weimarer Republik ausgeführt, analog zur Flaggenentscheidung der Bundesrepublik Deutschland²⁶. Allerdings erzählten die beiden äußerlich zunächst gleichen Hoheitssymbole der beiden deutschen Teilstaaten eine je eigene Geschichte: Die Bundesrepublik berief sich damit ausdrücklich auf die Erbschaft der ersten deutschen Nationalversammlung sowie der ersten staatlich verfaßten bürgerlichen Demokratie von

Weimar. Die DDR dagegen wollte mit dem Staatsnamen und der Staatsflagge an die Traditionslinie der unvollendeten revolutionären Erhebungen von 1848 anknüpfen, die es aus Sicht ihrer politischen Eliten nun im ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat zu vollenden galt.

Bei der Hymne wurde – im Unterschied zur Fahne – bewußt ein Traditionsbruch vollzogen. Das durch seinen Gebrauch in der Zeit des Nationalsozialismus diskreditierte Deutschlandlied wurde durch eine neue Nationalhymne ersetzt. Der Dichter und Kulturfunktionär Johannes R. Becher textete sie auf Bitte und nach inhaltlichen Anregungen des SED-Vorsitzenden und ersten Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck. Die neue Hymne, die innerhalb weniger Wochen entstand, wurde am 5. November durch Beschlüsse des Politbüros der SED und des Ministerrates der DDR beglaubigt, am 7. November 1949, anlässlich der zentralen Feier zum 32. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution, in Berlin uraufgeführt und am 8. Februar 1950, nach einer ersten erfolgreichen Popularisierungskampagne, von der Provisorischen Volkskammer dekretiert²⁷. Die Hymne inszenierte – neben der stets vielbeachteten Beschwörung der Vision der deutschen Einheit – die arbeitenden Volksmassen und vor allem die Jugend als historisches Subjekt des Aufbaus der neuen deutschen Gesellschaft. Der Dichter Johannes R. Becher hatte hier seine Gedanken umgesetzt, die er im Moskauer Exil im Jahre 1945 schon in einem Vortrag als künftiges Lernziel für das deutsche Volk bestimmt hatte: „Die Lehre von der Arbeiterschaft als entscheidende Produktivkraft der modernen Gesellschaft und damit im Zusammenhang die Lehre von der führenden Rolle der Arbeiterschaft im gesellschaftlich-politischen Leben eines Volkes.“²⁸

Am 21. April 1950 folgte dann der letzte Akt der Inthronisierung der neuen nationalen Identitätszeichen: Das Parlament verabschiedete ein Gesetz über die Einführung der nationalen Feiertage „Tag der Befreiung“ (8. Mai 1945) und „Tag der Republik“ (7. Oktober 1949)²⁹. Damit waren die Hoheitszeichen des neuen Staatswesens instal-

25 Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Phasen und Kontroversen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/98, S. 6; ders., *Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–1989)*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, (1998) 3, S. 388.

26 Zum Diskussionsprozeß um die Flagge vgl. Harry D. Schurdel, *Die Hoheitssymbole der Deutschen Demokratischen Republik*, in: *Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*, hrsg. von Dieter Vorsteher, Berlin 1997, S. 44 ff.

27 Zur Geschichte der Nationalhymne der DDR siehe Heike Amos, *Auferstanden aus Ruinen. Die Nationalhymne der DDR 1949 bis 1990*, Berlin 1997.

28 Zitiert nach: Peter Erler/Horst Laube/Manfred Wilke (Hrsg.), *„Nach Hitler kommen wir!“ Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45*, Berlin 1994, S. 334.

29 Vgl. Volkskammer der DDR, *Anfragen, Gesetzesvorlagen und Anträge*, Drucksache Nr. 59–100, S. 109 f. Siehe dazu ausführlich Matthias Kitsche, *Die Geschichte eines Staatsfeiertages. Der 7. Oktober in der DDR 1950–1989*, Diss., Köln 1990, S. 17.

liert³⁰. Sie sollten diesen Staat, mit nur geringfügigen Veränderungen, bis zu seinem Ableben im Jahre 1990 begleiten. Am 26. September 1955 trat das „Gesetz über die Staatsflagge und das Staatswappen“ (Hammer-Zirkel-Ährenkranz) in Kraft. Anlässlich des zehnten Jahrestages der DDR wurde am 6. Oktober 1959 die Ergänzung der schwarz-rot-goldenen Nationalflagge mit dem Staatswappen dekretiert und die Flagge damit erst zum eigentlichen, sich von der Bundesrepublik nun auch in diesem Detail staatsoffizieller Symbolik deutlich abhebenden Identitätsausweis der DDR.

Für die Geschwindigkeit, mit der die neuen Eliten nach 1945 erste Vorschläge zur nationalen Symbolik des ihnen vorschwebenden neuen deutschen Staates in die Diskussion brachten, hatte natürlich auch Gewicht, daß sie sich ihrer Vorstellungen über den weiteren historischen Weg Deutschlands – trotz aller Unsicherheiten über die konkreten Zwischenstufen und historischen Zeiträume – im Grundsätzlichen ziemlich sicher waren: Er würde – über kurz oder lang – sozialistisch sein. Auch die Tatsache der deutschen Teilung, die in ihren Zukunftsvorstellungen vor Kriegsende und auch noch lange nach der Gründung der beiden deutschen Staaten keine wünschenswerte Position war, konnte sie daher nicht eigentlich verunsichern. Ihre politischen Visionen und Strategien richteten sich zunächst weiter auf ein einheitliches Deutschland, das sie nach ihren eigenen Vorstellungen auszugestalten gedachten.

2. Die politischen Feiertage und ihre Texte

Die DDR-Führung setzte von Anfang an auf große rituelle Formen für die öffentliche Präsentation dieser verordneten neuen Identität des jungen Gemeinwesens sowie zur Legitimierung ihrer politischen Macht nach innen und außen. Will man der Frage nachgehen, welche der zahlreichen politischen Rituale die von der SED-Führung imaginierte neue kollektive Identität der DDR geradezu idealtypisch verkörperten und mit welchen der so in Szene gesetzten Botschaften sie eine neue psychosoziale Grundkonstitution der Gesellschaft zu schaffen gedachte, so müssen neben dem Ersten Mai, dem „Internationalen Kampf und Feiertag der Werktätigen“, der in der DDR von 1946 bis 1990 arbeitsfreier Staatsfeiertag war, auch die Januargedenktradition zum Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der „Tag der Befreiung“ am 8. Mai und vor allem natürlich der „Tag der Repu-

blik“, der eigentliche nationale Feiertag der DDR mit seiner großen Erzählung über die „sozialistische deutsche Republik des werktätigen Volkes“, in den Blick genommen werden.

Der 15. Januar 1919

Der Tag der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verkörperte die Rückbindung an und Verpflichtung auf die Tradition antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes. Diese Erinnerung war von 1920 bis 1933³¹ und auch nach 1945 sofort wieder eine herausgehobene. Für die kommunistischen Exilanten wie für die während der Zeit des Nationalsozialismus im Lande gebliebenen und durch die stete existentielle Bedrohung auch in ihrer Identität besonders geprüften Kommunisten war das Gedenkritual im Januar die Wiederaufnahme öffentlicher Identifikation mit ihren kommunistischen Wurzeln, eine symbolische Rückkehr, nun aber – erstmals – als Sieger, moralisch und faktisch, worauf man selbst stolz sein und wofür man nun auch Respekt einfordern zu können glaubte. Die respektvolle Erinnerung an die „selbstlosen antiimperialistischen und antifaschistischen Kämpfe“, denen die Folgegenerationen auf ewig verpflichtet seien und die sie ableisten könnten mit aktivem Einsatz beim sozialistischen Aufbau, war denn auch der zentrale Topos in den Traditionserzählungen, welche das Ritual über die Jahrzehnte hinweg begleiteten. Aber dieses Gedenken war noch mehr. Es bewahrte auch die Erinnerung an das Trauma der linksradikalen deutschen Arbeiterbewegung des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts – den Mord an ihren gerade ernannten Führern mitten in den noch unentschiedenen revolutionären Kämpfen des „deutschen November“ 1918/19.

Dieser Doppelmord an den Führern der eigenen Partei sowie die eigene politische Niederlage – erlitten nicht nur in der Auseinandersetzung mit der feudal-bürgerlichen Kriegspartei, sondern auch gegen die mit diesen sich verbündenden Führungsspitzen der ehemaligen Mutterpartei, der Sozialdemokratie, deren Mitschuld an der Ermordung der beiden abtrünnigen Sozialdemokraten das schon lange zuvor gestörte Verhältnis des linken Flügels zur SPD-Mehrheit endgültig in dauerhafte politische Feindschaft umschlagen ließ – waren für die alte Garde der DDR-Führung das lebensgeschichtliche Schlüsselereignis, das auch für nicht wenige Vertreter der Nachfolgegenerationen noch orientierend blieb. Von den einen selbst erlebt und erlitten, für die anderen offenbar über das kulturelle Gedächtnis ihrer politischen Väter

30 Es gab offenbar lebhafteste Zustimmungsbekundungen während der Popularisierungskampagne. So erhielt Johannes R. Becher zahlreiche Zuschriften solchen Inhaltes. Siehe dazu H. Amos (Anm. 27), S. 69. Die Autorin stellt fest, daß die Hymne vor allem von der Jugend rasch angenommen worden ist.

31 Vgl. Werner Bramke, Grundzüge der Traditionspflege im antiimperialistischen Kampf der KPD, Diss. B., Leipzig 1977.

glaubwürdig transportiert und so auch von ihnen tief verinnerlicht³². Dies wird belegt durch das bis heute anhaltende Gedenken, wie die nach 1989 Jahr für Jahr im Januar zum Gedenkort strömenden Massen zeigen³³.

Der 8. Mai

Der neben dem Ersten Mai und dem 7. Oktober im Jahre 1950 ebenfalls zum Staatsfeiertag erklärte 8. Mai 1945 – der „Tag der Befreiung“ – stand für Schuldannahme und Bereitschaft zur Sühne als Verpflichtung zu ewiger Dankbarkeit gegenüber der Sowjetunion für die Befreiung vom Nationalsozialismus und für die Chance zum endlich möglichen sozialistischen Neuanfang. Diese Erzählung war nicht nur eine Identitätsmarke der Vertreter des antifaschistischen Widerstandes und der sich zu dieser Tradition nachträglich bekennenden Älteren, sondern sie war unmittelbar nach Kriegsende vor allem ein Angebot an die junge Generation. Die Annahme dieser „Geschichte“ ermöglichte Selbstachtung und Engagement ohne Verdrängung der elterlichen Schuld am Desaster von Krieg und Zusammenbruch des deutschen Staates³⁴. Schuldanerkenntnis war so möglich, weil nicht mit ewiger Selbstverachtung verbunden. Insofern war diese Erzählung ein praktikables Sühnekonzert, das vor allem den Jüngeren die viel beschworene Verdrängung von deutscher Schuld an Krieg und Völkermord ersparte und sie handlungsfähig machte. Der Enthusiasmus der Aufbau- generation, der kein blinder, sondern ein durchaus reflektierter war, hat hier wichtige Wurzeln³⁵. Daß

32 So argumentierte Egon Krenz in einer Gesprächsrunde im Rundfunk im Januar 1999 auf die Frage nach den Ursachen für den letztlichen Gewaltverzicht der DDR-Regierenden gegen die Massendemonstrationen im Herbst 1989, auf den Straßen habe ja das Volk gestanden und man habe nicht „zum Noske“ werden wollen. Diskussionsrunde in „Deutschland-Radio Berlin“ zum Thema „Wann ging das Machtmonopol der Führung der SED verloren?“ Siehe auch Thomas Ahbe/Michael Hoffmann, „Wir bleiben hier!“ Erinnerungen an den Herbst '89, Leipzig 1999.

33 Die Medien berichteten von ca. 100 000 Teilnehmern am 10. Januar 1999, vgl. Neues Deutschland vom 11. Januar 1999, S. 1.

34 Die Deutung der Verbrechen, der Schuld wie auch die Interpretation der Bedeutung der Sowjetunion als „Trägerin der Hauptlast des Zweiten Weltkrieges“ setzte dabei andere Akzente als die Deutung von Verbrechen und Schuld in Westdeutschland. Während hier seit den siebziger Jahren der Holocaust in Gedanken und in der Schulldiskussion quasi als „singuläres Jahrhundertverbrechen“ herausragt, versuchten die Eliten der DDR, Verbrechen, Schuld und Neuanfang „klassenmäßig“ aus marxistisch-leninistischer Perspektive zu deuten. Die Enteignung, Ausplünderung und Ermordung der europäischen Juden geriet in den Schatten des besonders herausgehobenen Gedenkens an die Ermordung von Kommunisten und Linken in ganz Europa sowie an die Verbrechen an den Völkern Osteuropas.

35 Daß Kinder und Jugendliche in erstaunlichem Maße reflektiert über die schwierigen Probleme der Kriegsschuld, der

die wirklich schuldbeladenen Älteren mit dieser Interpretation vom Kriegsende weit mehr Probleme hatten, läßt sich schon aus der Tatsache schließen, daß der Topos vom „Tag der Befreiung“ erst 1950 staatsoffizielle Bezeichnung und der 8. Mai erst ab diesem Zeitpunkt zum nationalen Feiertag dekretiert wurde. In den Jahren zuvor hielten sich die neuen Eliten eher zurück mit offiziellen euphorischen Befreiungsinterpretationen. In der Leipziger Volkszeitung war noch 1947 lediglich vom Tage der „bedingungslosen Kapitulation“³⁶ die Rede.

Der 7. Oktober

Diese Teil-„Erzählungen“ über die historischen Wurzeln, über die Gründerväter und Taufpaten sowie über die internationale, ja weltgeschichtliche Einordnung des Staates DDR, die mit dem 15. Januar und dem Ersten und dem 8. Mai einen eigenen Erinnerungsort hatten, waren darüber hinaus auch in die Metaerzählung des 7. Oktober narrativ und rituell integriert. Die Festreden und Losungen, die Thesen des Zentralkomitees der SED und die Jahrestagsaufrufe des Nationalrates der Nationalen Front, die zahllosen populärwissenschaftlichen und wissenschaftlichen Bücher, die Dokumentar- und Spielfilme zum „Republikge- burtstag“ enthielten diese Topoi. Und sie waren mit den Kranzniederlegungen auf sowjetischen Ehrenfriedhöfen und in Dankreden an sowjetische Regierungs- und Militärdelegationen auch im Festtagsritual präsent.

„Es lebe und blühe unsere Deutsche Demokratische Republik!“ So begrüßte der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, am Morgen des 7. Oktober 1959, zum zehnten Jahrestag der Staatsgründung, die Bürger des Landes auf der ersten Seite des Neuen Deutschland. Vom Stolz auf das gemeinsam Erreichte war die Rede, von der DDR als „Erbe des Vermächtnisses von Bebel, Liebknecht, Luxemburg, Mehring und Thälmann“ sowie davon, daß dieser Staat „das seit hundert Jahren ersehnte und erkämpfte Vaterland aller deutschen Sozialisten“ sei³⁷.

Die Staatsfeiertage zum 7. Oktober, vor allem aber die alle fünf und zehn Jahre begangenen runden

Vertreibungen der Deutschen aus den „Ostgebieten“, ja selbst der Plünderungen und Vergewaltigungen durch die sowjetischen Besatzer zu urteilen vermochten, hat ein Fundus von 1 300 Berliner Schüleraufsätzen aus dem Jahre 1946 paradigmatisch gezeigt. Vgl. „Ich schlug meiner Mutter die brennenden Funken ab“. Berliner Schulaufsätze aus dem Jahr 1946, ausgewählt und eingeleitet von Annette Gröschner, Berlin 1996.

36 Leipziger Volkszeitung vom 7. Mai 1947, S. 3.

37 Es lebe und blühe unsere Deutsche Demokratische Republik! Aufruf des Präsidenten zum 10. Jahrestag, in: Neues Deutschland vom 7. Oktober 1959, S. 1.

DDR-Geburtstage waren herausgehobene Repräsentationsanlässe des ersten „sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern“, wie es in Artikel 1 der seit 1968 gültigen, 1974 überarbeiteten Verfassung hieß³⁸. Unter der Regie der SED wurden seit 1959 in fünfjährigem Rhythmus große, ganzjährige propagandistische „Gesamtkunstwerke“ inszeniert, deren zentraler Topos der Kult um fleißige und disziplinierte Arbeit am sozialistischen Projekt war. Die Werktätigen wurden im Vorfeld dieser Inszenierungen über ökonomische und kulturelle Mobilisierungskampagnen zu weiterer Leistungssteigerung animiert, und sie wurden auch gefeiert als die wahren Helden der neuen Zeit³⁹.

IV. Die zentrale Erzählung als Identitätskonstruktion der DDR und ihre Wirkung

Der stets wiederholte Topos vom „ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der deutschen Geschichte“ und vom „sozialistischen Staat der Werktätigen“ – das war die eigentlich stützende Erzählung der SED-Strategie zur Konstruktion einer eigenständigen kollektiven Identität der DDR, die über Geschichtsbild und Repräsentationskultur gezielt vermittelt wurde. Zwar hatte auch der Antifaschismus in Geschichtsbild und Gedenkkultur der DDR einen herausragenden Platz. Zum einen wegen seiner tatsächlichen lebensgeschichtlichen Relevanz für die Identität der alten Kommunisten, zugleich natürlich auch deshalb, weil mit diesem Erzählstrang der Macht-, Führungs- und Vorbildanspruch der alten Führungsgarde scheinbar für immer unangreifbar zu legitimieren war. Allerdings stellte sich heraus, daß eine breite, ungebrochene Tradierung über mehrere Generationen letztlich nicht gelang und sich der Topos des Antifaschismus letztlich doch nur als Identitätsbaustein für begrenzte Gruppenidentitäten eignete.

Viel stärker als dieser Topos wirkte dagegen die andere Teil-Geschichte der Metaerzählung: die in der professionellen Historiographie, in der massenmedialen Propaganda und in der politischen Festkultur der DDR dominante Erzählung vom „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat“. Stärker als die Heldenepen über die ermordeten Führer Liebknecht und Luxemburg, die antifaschistischen Kämpfer und die „Befreier“ in Gestalt der Roten Armee war ganz offensichtlich die Integrationskraft der deutlich lebensnäheren, auch

zivileren Erzählung vom friedlichen, solidarischen und vor allem egalitären deutschen Arbeiter- und Bauernstaat mit all ihrem Pathos der Arbeit und der „Werktätigen“.

Denn in vielen Punkten fand das ideologisch gestützte Konzept des Gesellschaftsprojektes einer egalitären, sozial abgefederten Arbeitsgesellschaft, das in der DDR unter der rigiden Führung der SED gegen äußere und innere Widerstände zu realisieren versucht wurde, ja auch in der sozialen Praxis des Staates DDR seinen Niederschlag. Das Recht auf Arbeit, die lebenslange Garantie eines Arbeitsplatzes für alle arbeitsfähigen Bürger waren staatlich gesichert, ebenso die für den Bürger kostenfreie Gesundheitsfürsorge. Es gab billige Grundnahrungsmittel und billige Wohnungen, die staatlich und betrieblich organisierte Kinderbetreuung für berufstätige Frauen. Die DDR war ein weitgehend an den Maßstäben von Industriearbeitern orientiertes Gesellschaftsprojekt, dessen politisch herrschende Funktionärsschicht sich nach dem Desaster des 17. Juni 1953 vor einer erneuten Verärgerung der „herrschenden Klasse“ durch ungebührliche Forderungen fürchten gelernt hatte. Die als Forderung vorgebrachte Losung der Massenproteste des Herbstes 1989 „Wir sind das Volk!“ war unmittelbarer Reflex auf diese symbolische Aufwertung in der Metaerzählung der DDR.

Genau diese Erzählung und die entsprechenden lebensgeschichtlichen Erfahrungen mit ihrer – zumindest teilweisen – Umsetzung in der lebensweltlichen Praxis der DDR sind bei ihren ehemaligen Bürgern noch heute als Wertestruktur präsent⁴⁰. Dabei handelt es sich nicht nur um eine verblässende Erinnerung. Der Bezug auf die in der DDR einst propagierte Metaerzählung und ihre Sinngehalte wurde durch die Probleme der Ostdeutschen in den Jahren nach dem Beitritt immer wieder aktuell. Die Selbstverständigung über die eigene Situation, die Kritik der bestehenden Verhältnisse wird daher teilweise mit den Begriffen und aus der Wertperspektive der DDR-Ideologie formuliert. Das funktioniert unter anderem deswegen so gut, weil die sozialistische Metaerzählung genau diese Plagen skandalisierte und immer wieder memorierte, von denen sich viele Ostdeutsche nun bedrückt fühlen: vor allem Arbeitslosigkeit, krasse soziale Unterschiede und ein Verlust an Orientierung.

40 Vgl. Thomas Ahbe/Monika Gibas, Erbschaft einer Zeit. Zur Persistenz der sozialistischen Metaerzählung nach dem Systemwechsel, in: Psychologie und Gesellschaftskritik, (1998) 1, S. 55 ff., Monika Gibas, Massenbeeinflussung und politischer Wandel. Die Langzeitwirkung der DDR-Propaganda, in: Universitas, Nr. 624, Juni 1998, S. 510 ff.; Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999.

38 Zit. nach: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 47 – Ausgabe: 27. September 1974.

39 Vgl. M. Gibas u. a. (Anm. 3).

Wilfried Loth: Deutschland im Kalten Krieg. Strategien und Entscheidungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39–40/99, S. 3–11

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR waren Kinder des Kalten Krieges – insofern es nicht gelang, die Allianz der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in den Verhandlungen über die Nachkriegsordnung aufrechtzuerhalten. Diese Entwicklung war aber keineswegs zwangsläufig. Auf beiden Seiten überwog zunächst der Wille zur Kooperation, sowohl im allgemeinen als auch insbesondere im Hinblick auf Deutschland. Eine dauerhafte Teilung Deutschlands lag weder im Interesse der Siegermächte, noch erschien sie durchsetzbar.

Die Verfestigung der Ost-West-Teilung war nicht ohne Zustimmung der Deutschen im Westen zu haben. Wenn die Westdeutschen bereit waren, für die Wiedervereinigung den Preis der Neutralisierung zu zahlen, dann konnten die westlichen Besatzungsmächte sie nicht verweigern. Stalin hat darauf spekuliert, dabei aber übersehen, daß der Nationalismus der Deutschen in den Zusammenbruch einbezogen, von ihm geprägt war und zugleich von der Furcht vor dem Sowjetkommunismus überlagert wurde. Dies brachte Adenauers entschiedener Westintegrationspolitik schließlich den lange ungewissen Erfolg und half auch Ulbricht, sich mit der Durchsetzung der „sozialistischen“ Revolution in der östlichen Besatzungszone zu behaupten. Nach dem 17. Juni 1953 hatte Ulbricht innerhalb der SED für kurze Zeit eine Einschränkung seiner Machtbefugnisse zu fürchten. „Gerettet“ wurde er aufgrund seiner Interventionen in Moskau, wo nach der Verhaftung des Ministerpräsidenten Berija ein besonderes Interesse an stabilen Machtverhältnissen im sowjetischen Einflußbereich bestand. Damit ist auch der Zeitpunkt bezeichnet, von dem an die Ost-West-Blockstruktur in Europa sich verfestigte.

Hans Karl Rupp: Die Bundesrepublik als „Sonderweg“ der europäischen Geschichte?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39–40/99, S. 12–20

Gegenüber Kritikern, die den Weg unseres Landes zumal in den letzten anderthalb Dezennien mit skeptischen Kommentaren begleitet haben und die eine stärkere „Normalisierung“ fordern, wird die fünfzigjährige Politikgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt. So wird anhand von Beispielen sowohl die These von der „Machtvergessenheit“ der Außenpolitik der Bundesrepublik relativiert bzw. widerlegt wie auch diejenige eines westdeutschen „Sonderweges“ ab 1949. Im Hinblick auf die innenpolitische Kultur wird der generationenspezifische Einfluß der Achtundsechziger auf die politisch-kulturelle Entwicklung von der sozialliberalen Ära bis zum Regierungswechsel vom Herbst 1998 dargestellt. Allerdings geschah dies vielfach im Rahmen eines – nachholenden – „Erwachsenwerdens“ der Bundesrepublik.

Das seit 1990 (wieder)vereinigte Deutschland hat mit der politisch-kulturellen Integration der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer eine schwierige Aufgabe zu lösen. Angesichts tiefgreifender sozialer Probleme Ostdeutschlands, die sich u. a. in einem gewalttätigen jugendlichen Rechtsextremismus offenbaren, bedarf es eines geduldigen Eingehens auf die sozialen Gegenwartsprobleme wie auch auf die politische Herkunft der neuen Bundesbürger, und zwar ohne pädagogisch erhobenen Zeigefinger.

Auch in der jüngsten Phase der politischen Geschichte der Bundesrepublik, die durch die Beteiligung der Bundeswehr am Kosovo-Krieg gekennzeichnet ist, sieht der Autor eher eine Bewährung des demokratischen Gemeinwesens Bundesrepublik: nicht durch die Beteiligung am Krieg, sondern durch die erfolgreichen politischen Vermittlungsbemühungen sowie durch den Druck, der von der Öffentlichkeit zur Beendigung der militärischen Intervention auf die Bundesregierung ausging.

**Monika Gibas: „Die DDR – das sozialistische Vaterland der Werktätigen!“
Anmerkungen zur Identitätspolitik der SED und ihrem sozialistischen Erbe**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39–40/99, S. 21–30

Das Jahr 1999 mit seinen Jubiläen – dem 50. Jahrestag der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten Bundesrepublik und DDR sowie dem 10. Jahrestag der ersten friedlichen, demokratischen Revolution in Deutschland, die schließlich zur staatlichen Einheit führte – ist Anlaß, dem anhaltenden Defizit an „innerer Einheit“ nachzugehen. Beklagt wird, die ostdeutschen Bundesbürger seien „noch nicht angekommen in der Demokratie“, sie bezögen sich noch zu stark auf die DDR. Tatsächlich scheinen Ostdeutsche vom realsozialistischen Versuch der Jahre 1949–1989 stärker geprägt zu sein als erwartet. Die DDR dient vielen bei der individuellen Orientierungssuche im neuen System nicht nur als Negativfolie. In vielerlei Hinsicht bieten DDR-Erfahrungen auch positive Bezugspunkte. Sogar Fragmente der Propaganda der DDR fungieren noch als Orientierung bei der Bewertung und Interpretation der heutigen deutschen Gesellschaft. Wenn man verstehen will, warum das so ist, muß den seinerzeitigen Sinnstiftungsangeboten dieses Gesellschaftsversuches genauer nachgegangen werden.

Das Sinnstiftungsangebot der damaligen neuen Eliten im Osten Deutschlands, die angetreten waren, sowohl eine „Neue Gesellschaft“ zu konstituieren als auch einen „Neuen Menschen“ zu erziehen, erstrebte den Bau einer egalitären, solidarischen Gesellschaft, als deren zentrales Ziel die Emanzipation der unteren Gesellschaftsschichten beschrieben wurde. Diese Sinnkonstruktion, die auf der marxistisch-leninistischen Ideologie basierte, wurde zur allein verbindlichen Basis bei der Gestaltung der DDR-Gesellschaft erklärt und über zentrale Institutionalisierungen rigoros durchgesetzt.

Parallel zur Institutionalisierung dieses Sinnstiftungskonzeptes im Bildungssystem und in der propagandistischen Praxis vollzog sich die Konstruktion einer neuen Identität des DDR-Gemeinwesens auch auf der Symbolebene. Die Hoheitszeichen und die politische Festkultur der DDR akzentuierten jeweils verschiedene Momente der „Metaerzählung“ der DDR.

Als zentraler Topos der auf Identifikation und Legitimation der DDR ausgerichteten Identitätspolitik und ihrer „Erzählungen“ kann – entgegen der im Diskurs hervorgehobenen Bedeutung des Antifaschismus als wichtigster Legitimationsbasis der DDR – die deutlich lebensnähere, zivilere Erzählung vom friedlichen, solidarischen und vor allem egalitären „deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat“ mit all ihrem Pathos vom „werktätigen Volk“ als dem „entscheidenden historischen Subjekt“ herauskristallisiert werden. Vor allem eben auch beim ‚Volk‘, das mit der Losung „Wir sind das Volk!“ im Herbst 1989 diesen Erzählstrang aufnahm und ihn als kategorischen Imperativ der Führung entgegenhielt, hatte diese Erzählung offensichtlich starke – und, wie wir nach zehn Jahren wissen, auch andauernde – Integrationskraft.